

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Einzelfarb 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die gebogene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Beilagen- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigen: Die gebogene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 500 89. **Postfachkonto:** Breslau 544. **Redaktion:** Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 288 37. **Druckerei:** der Redaktion von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Filial-Expeditionen:** Glatz, Wilhelmstraße 26, Telefon 1065. **Wrocław:** Sankt 6, Telefon 2384. **Geschäftszeit:** von 8-19 Uhr. **Verlagsort:** am Hauptverlagsort Breslau. — **Verlag:** Schief, Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — **Druck:** „Reubag“, Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Bauernführer in Belgrad ermordet!

Zwei Abgeordnete im Parlament erschossen — vier schwer verwundet

Belgrad, 20. Juni.

Zwischen der Regierungsmehrheit und der Opposition kam es heute zu lebhaften Auseinandersetzungen, besonders zwischen dem Abgeordneten Raditsch, dem Abgeordneten der kroatischen Bauernpartei einerseits, und der Mehrheit andererseits. Als Raditsch einen Zwischenruf machte, zog der der Mehrheit angehörende Abgeordnete Punisa Ratschitsch einen Revolver aus der Tasche und gab mehrere Schüsse in der Richtung auf die Raditsch-Partei ab. Der erste Schuß traf den Abgeordneten Paul Raditsch, einen Neffen Stefan Raditsch, tödlich. Durch die Schüsse wurden ferner die Bauernführer Abgeordneten Dr. Pernar und Dr. Vasaritsch schwer verletzt. Endlich konnte man dem wie irrsinnig hin- und herschießenden Abgeordneten Ratschitsch den Revolver entreißen und ihn abführen.

Der Abgeordnete Ratschitsch, der die Schüsse im Parlament abgegeben hat, hat sich heute nachmittag selbst dem Minister des Innern gestellt. Der Minister des Innern rief einen Polizeipräsidenten herbei, der den Abgeordneten festnahm.

Ueberführung der erschossenen Kroatenführer nach Ugram

U. Belgrad, 20. Juni. Wie verlautet, will die kroatische Bauernpartei das Auerbieten der Regierung, ihre erschossenen Führer auf Staatskosten zu bestatten, ablehnen und die Leichen auf Parkanlagen in die Heimat überführen lassen. Dort sollen die Leichen beigesetzt werden.

In Ugram selbst kam es am Mittwochabend noch zu einer großen Trauer- und Protestkundgebung gegen die Belgrader Blutthat, bei der der Abgeordnete Prodamsch unter einer kroatischen Flagge zu der Menge sprach.

Bei seiner ersten Vernehmung sagte der Attentäter aus, daß er nur in der größten Erregung gehandelt habe, als ein Abgeordneter ihn als Dieb beschimpfte. Den Revolver trage er schon seit 1913 als Taschman bei sich, denn dieser Revolver habe ihm einmal das Leben vor den Türken gerettet. Der Mörder ist ein 41jähriger Monteurengeselle, der sich in letzter Zeit im Kampf gegen die Opposition stets bemerkbar gemacht hatte.

Im Befinden der verwundeten Abgeordneten ist eine Besserung eingetreten.

In Kroatien haben die Belgrader Vorfälle die größte Erregung hervorgerufen. Die Ugramer Blätter gaben mehrere Extrablätter heraus, die das Publikum den Zeitungsverkäufern aus den Händen riß. Zum Zeichen der Trauer und des Protestes schlossen sämtliche Ugramer Geschäftsleute und Lokalinhaber ihre Läden. Alle öffentlichen Veranstaltungen wurden für die nächsten Tage abgesagt. In den Eisenbahnwerkstätten wurde eine Zeilung gestreift.

Vier Tote, 12 Verwundete in Belgrad

U. Budapest, 20. Juni. Ueber die Schießereien in der Belgrader Skupstina ist bis Mittwochabend nichts weiteres bekannt geworden. Nicht nur die telephonische und telegraphische Verbindung ist seit Mittwoch nachmittag in ganz Jugoslawien abgesperrt, sondern seit dem Mittag scheint auch der Eisenbahnverkehr unterbrochen zu sein. Die Reisenden, die am Mittwochmittag in Budapest angelangt sind, haben von der Ermordung des Abgeordneten Paul Raditsch noch nichts gewußt. Seither sind keine Züge aus Serbien eingetroffen.

Gerüchtwiese wird gemeldet, daß nach der Ermordung des Abgeordneten Paul Raditsch die Schießerei in der Skupstina fortgesetzt wurde, und es seien vier Tote und 12 Verwundete zu verzeichnen.

*

In der Sitzung, die dem Attentat voranging, rief der Abgeordnete Toma Popovitsch dem Abgeordneten Stefan Raditsch zu: „Sie verlieren noch hier im Sitzungssaal den Kopf, dafür werde ich sorgen!“ Wenige Stunden später war das fürchterliche Blutbad unter den kroatischen Bauernführern angerichtet. Der ermordete Abgeordnete Paul Raditsch gehörte zu den kroatischen Bauernführern, die die Verwaltungsautonomie vom Landtage forderten. Er galt, im Gegensatz zu seinem Onkel Stefan, als gemäßigter Bauernführer. Er als einer der anderen ermordeten Bauernführer besaßen große Popularität

und starken Einfluß auf die Bauernmassen, und es ist vorauszusehen, daß die Erregung über das offenbar vorbereitete Attentat unter den Bauernmassen außerordentlich groß sein wird. Die Regierung ist daher bestrebt, genaue Nachrichten über den Umfang der

Megelei nicht durchzulassen, und es ist damit zu rechnen, daß sie in den nächsten Stunden mit Gewaltmaßnahmen, Besatzungsmaßnahmen usw., vorgehen wird, um eine Aufstandsbeziehung in Kroatien zu verhindern.

Vor der Einigung!

Eintritt der Volkspartei in die Preußenregierung — Der Preis für die Große Koalition im Reiche

Breslau, 21. Juni.

Ueber die gestrigen Verhandlungen zwischen der SPD. und den bürgerlichen Parteien über die Regierungsbildung wird uns aus Berlin geschrieben:

„Die Regierungsbildung ist bisher keinen Schritt weitergekommen. Heute vormittag tagten die Fraktionen der Volkspartei und des Zentrums. Gleichzeitig verhandelte eine Delegation der Volkspartei mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun wegen der Umbildung der Preußen-Regierung. Nach den Meldungen der volksparteilichen Presse bebarst die Volkspartei nach wie vor unter allen Umständen auf der Umbildung der Preußen-Regierung und macht davon ihren Eintritt in die Große Koalition des Reiches abhängig. Der „Vorwärts“ überschreibt seinen Bericht über die Verhandlungen der Volksparteidelegation mit Braun: „Preußen bleibt fest“, und bemerkt dazu in seinem Kommentar, „daß, wenn im Reiche wochenlang Verhandlungen beliebt werden, komme es in Preußen, wo alles in Ordnung ist, auf ein paar Monate mehr oder weniger gar nicht an“. Diese Stellungnahme ist aber nur Spiegelschere. In Wirklichkeit kommt es den SPD.-Führern jetzt nur noch darauf an, die Frage des Einzugs der Volkspartei in die Preußen-Regierung als Schachobjekt zu benutzen,

d. h., von der Volkspartei andererseits die Zurückstellung verschiedener ihrer Forderungen zu erreichen; die dieselbe als Bedingung für ihren Eintritt in die Große Koalition des Reiches gestellt hat, und die, wenn sie die SPD.-Führer annehmen müßten, sie und die Große Koalition in den Augen der Arbeiterschaft sehr kompromittieren würde.

Was von der absehenden Haltung Braun gegenüber der volksparteilichen Delegation zu halten ist, geht daraus hervor, daß Braun sie an die Verhandlung mit den preussischen Regierungsparteien verwies. Die volksparteiliche Delegation begab sich deshalb sofort auch gemäß der Einladung der Zentrumsfraktion zu der letzteren und gab dort die Erklärung ab, daß die Volkspartei bereit sei, in Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierung in Preußen einzutreten. Wie die „Germania“ dazu bemerkt, liege nunmehr das gewünschte formelle Verlangen der Volkspartei vor und bestehe kein Hindernis mehr, am 10. Juli zur nächsten Fraktionsitzung des Zentrums dazu Stellung zu nehmen. Das bedeutet; trotz allen Geschrei der SPD.-Presse, daß man vorerst an keine Umbildung in Preußen denkt — daß die Volkspartei ihren Willen zur Mitregierung in Preußen so gut wie durchgesetzt hat.

Zu diesem Erfolg des volksparteilichen Koalitionsgenossen der SPD. werden bald weitere klar erkennbar sein, wenn der Deffentlichkeit das Regierungsprogramm bekannt wird, das Hermann Müller den Koalitionsparteien heute vormittag zusandte und über dessen endgültige Formulierung in der heute nachmittag stattfindenden interfraktionellen Konferenz der Regierungsparteien beraten werden soll. Das „Berliner Tageblatt“ meldet nämlich über den Inhalt des Regierungsentwurfes, der vorläufig geheim bleiben soll, „daß er keineswegs etwa den Charakter eines sozialdemokratischen Programms darstelle, sondern daß in ihm das Höchstmögliche herauskristallisiert sei, das für die Sozialdemokraten äußerstenfalls tragbar wäre“. — Um nicht noch mehr Kompromisse zu schaffen und endlich die Regierung zustande zu bringen, soll die Frage des Baues des Panzerkreuzers aus den weiteren Verhandlungen ausgeschalten und vom zukünftigen Kabinett entschieden werden. Es ist jedoch sehr fraglich, ob Volkspartei und Zentrum sich damit abfinden werden.

Um auf die Sozialdemokratie einen Druck auszuüben, den Forderungen der bürgerlichen Parteien in weitgehendstem Maße gerecht zu werden, deuten diese in ihrer Presse bereits darauf hin, daß es außer der Großen Koalition ja auch noch andere Regierungsformen gäbe. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt dazu: „Im Zentrum gehen die verschiedensten Ueberlegungen hin und her, ob es nicht besser sei, an die Stelle der angeblich unaußweichlichen Großen Koalition andere Gruppierungen treten zu lassen, über die vielleicht in einem späteren Zeitpunkt öffentlich zu sprechen sein wird.“

Wie weit die Verhandlungen über die Große Koalition bereits gediehen sind, zeigt die Zustimmung der Zentrumsfraktion zu dem „Programm“ Hermann Müllers. Auch der angebliche Widerstand der Volkspartei ist geschwunden. Die „Schlesische Zeitung“ läßt sich aus Berlin folgendes berichten:

„Es wurde nachher versichert, daß die Deutsche Volkspartei die Formulierung Müllers als eine durchaus geeignete Grundlage für die Ausarbeitung eines Regierungsprogrammes angesehen habe. Was aber nicht bedeuten soll, als ob die Deutsche Volkspartei bereit gewesen wäre, in jenen Punkten, auf die sie

Vom Tage

Im Schaumburg-Lippeschen Landtag wurde eine neue Regierung gebildet, die sich aus einem Demokraten, einem Volksparteiler und zwei Sozialdemokraten zusammensetzt. Bisher wurde die Regierung nur von den Sozialdemokraten und Demokraten gebildet.

Der französische Senat lehnte in seiner Dienstag-Sitzung das Wahlrecht und die Wählbarkeit der Frauen erneut ab, indem er einen Antrag auf Festsetzung eines Termins zur Beratung eines Gesetzesentwurfes über das Frauenwahlrecht mit 176 gegen 123 Stimmen verwarf.

Im polnischen Sejm wurde ein sogenanntes Amnestiegesetz angenommen, das die Verurteilten im Promada-Prozess sowie die meisten revolutionären proletarischen und bolschewistischen Gefangenen von der Amnestie ausschließt.

Die Konferenz der Kleinen Entente wurde am Mittwoch um 11 Uhr in Bukarest eröffnet; sie stand unter dem Eindruck des Attentates in Belgrad.

4000 Färbearbeiter in Yorkshire und Lancashire befinden sich gegenwärtig im Streik.

Die Zahl der Streikenden in Griechenland beträgt nach neuesten Meldungen 250 000. Die Regierung versucht mit brutaler Gewalt, der Streikbewegung Herr zu werden.

Die Rote Gewerkschaftsinternationale hat an die Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt einen Aufruf zur Unterstützung von 50 000 in Schanghai streikenden Arbeiterinnen erlassen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, haben in den letzten Tagen zwischen Tschischerin, Patel und Stomonjakow Besprechungen über die russisch-polnischen Beziehungen stattgefunden. Man sei jedoch zu keinerlei praktischen Ergebnissen gekommen.

Auf zum Roten Treffen in Oppeln!

Die Werttätigen rüsten zum 1. Juli — Der Stahlhelm bereitet Provokationen vor

Von der Untergaueführung des R.F.V. Oppeln wird uns geschrieben: Die Vorbereitungen für das am 1. Juli in Oppeln stattfindende Untergautreffen des Roten Frontkämpferbundes sind im vollen Gange. Soweit man hört, rüsten nicht nur die Kameraden des Oppelner Gaues zu diesem Aufmarsch der Roten Front, sondern aus ganz Oberschlesien, ja selbst aus dem Gau Schlesien gehen Nachrichten ein, daß sich die Roten Frontkämpfer an dem Aufmarsch in Oppeln beteiligen wollen. Auf einer am vergangenen Sonntag stattgefundenen Untergaueführer-Tagung verpflichteten sich die Ortsgruppenführer des Untergaues, in den noch zur Verfügung stehenden 14 Tagen alles zu mobilisieren, damit ein würdiger Aufmarsch erfolgt.

Gerade die 14 nördlichen Ortsgruppenführer konnten berichten, daß in den Dörfern und auf den Domänen der Stahlhelm ebenfalls für seinen Frontsoldatentag, wo die abgetalenten Offiziere und „Exzellenzen“ die Parade abnehmen sollen, eifrig rüsten. Da man sogar nach Oppeln reiten will, ist man abends mit den müden Pferdägulen in Schwärmen und Paradeärmeln. Dabei ist die Beobachtung zu machen, daß die Pferde nicht früher von der Stelle wollen, bis ihnen ein Bund Heu vor die Schnauze gehalten wird. Die Dominikarbeiter in ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit haben noch nicht soviel Klassenbewußtsein, daß sie sich erlauben, den Herren zu widersprechen. Sie fügen sich murrend in ihr Schicksal und werden mit unter schwarzweißroten Fahnen nach Oppeln marschieren.

Nach jochistischer Ueberheblichkeit rechnet man bei dem Fememörder-Generalstab mit einer Beteiligung von 15 000 Mann. An sechs Stellen der Stadt sollen von Stahlhelmlapellen Konzerte stattfinden.

Die Bevölkerung von Oppeln benimmt sich passiv, wenn nicht direkt ablehnend, gegenüber dem Stahlhelmaufmarsch. Einige Geschäftseure, die Stahlhelm-Verbeplatate ausgehängen hatten und von der Arbeiterschaft darauf aufmerksam gemacht wurden, daß wenn das Plakat nicht sofort verschwindet, sie auf Arbeiterschaft nicht mehr rechnen können, haben sich das nicht zweimal sagen lassen, und das Plakat sofort entfernt. In den Hauptstraßen sieht man in keinem Geschäft ein solches Plakat.

Das Untergautreffen darf nicht nur ein Aufmarsch der Roten Frontkämpfer, sondern muß ein Aufmarsch der Gesamtarbeiterschaft werden. Deshalb muß jeder Kamerad, jedes Parteimitglied und jede Parteigenossin seine Mitarbeiter auffordern, sich am 1. Juli in die Rote Front einzureihen. Antreten ist vormittags 9 Uhr am alten Schützenhaus zur Demonstration und Kundgebung. Nachmittags 3 Uhr Abzug zur Schalmeyenkapelle in der Badeanstalt der Freien Turnerstaffel.

Der 1. Juli muß zeigen, daß Oppeln bereit ist, so wie Berlin und Hamburg, die Stahlhelmsamerwerborganisationen zurückzuweisen. Deshalb ist die Parade aller Arbeiter:

Auf nach Oppeln am 1. Juli!

Zustimmung des Zentrums zum Regierungsprogramm

20. Berlin, 20. Juni. In den heutigen interfraktionellen Verhandlungen über das vom Abgeordneten Müller-Franken aufgestellte Regierungsprogramm haben, wie die Telegraphen-Union aus Zentrumskreisen hört, die Unterhändler des Zentrums in allen wesentlichen Punkten ihre Zustimmung erklärt. Bedinglich die Schulfrage ist vorläufig zurückgestellt.

Es ist aber voraussichtlich mit einer Verständigung auch in dieser Frage in Kürze zu rechnen. Bezüglich des Verfassungsfeierjahres hat das Zentrum seine Zustimmung erklärt, mit dem Vorbehalt, daß zugunsten der Landwirtschaft gewisse Erleichterungen zu gestanden werden.

SPD. Stadtverordnete stimmen gegen Achtstundentag!

Trotz sozialdemokratisch-kommunistischer Mehrheit

In der Stadtverordnetenversammlung von Dortmund wurde am 18. Juni über den kommunistischen Antrag abgestimmt, der besagt, daß in den städtischen Betrieben die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden soll.

In Dortmund besteht eine kommunistisch-sozialdemokratische Stadtverordneten-Mehrheit. Es lag also in der Hand der SPD, den städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten den Achtstundentag zu bewilligen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit stimmte jedoch mit den Bürgerlichen gegen den kommunistischen Antrag, der damit abgelehnt war.

Dortmund zeigt, daß die SPD, weil sie sich mit den Kapitalisten verbündet hat, auch dort gegen Arbeiterforderungen stimmt, wo sie die Mehrheit hat bzw. wo sie mit den Kommunisten zusammen diese Arbeiterforderungen bewilligen könnte.

Arbeitsmarktlage in Schlesien

Breslau, 21. Juni. Das Landesarbeitsamt Schlesiens meldet u. a.: Nach in dieser Berichtswochen war eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes nicht zu bemerken. Die Zahl der Arbeitsuchenden ging nur um 0,5 Prozent, von 88 025 auf 88 140, die der Hauptunterstützungsempfänger um 3 Prozent, von 61 394 auf 63 568, zurück. Unter diesen sank die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 47 855 auf 46 252 und die der Krisenunterstützungsempfänger von 13 539 auf 13 256. Offene Stellen waren 4167 (in der Vorwoche 4363) gemeldet. Auf 1000 Einwohner entfielen 13,13 (in der Vorwoche 13,5) Hauptunterstützungsempfänger.

In der Provinz Niederschlesien stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 67 408 auf 67 931, während die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 46 381 auf 46 370 zurückging. Im Vorjahre wurden zur selben Zeit in Niederschlesien 64 497 Arbeitsuchende und 41 879 Hauptunterstützungsempfänger gezählt.

In der Stadt Breslau stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 34 524 auf 35 597, die der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 15 332 auf 15 407 und die der Krisenunterstützungsempfänger von 9364 auf 9365.

In Oberschlesien ging die Zahl der Arbeitsuchenden von 21 113 auf 20 134, die der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 12 076 auf 11 069, die der Krisenunterstützungsempfänger von 2263 auf 2077 zurück. Auf 1000 Einwohner entfielen in Oberschlesien 9,52 Hauptunterstützungsempfänger. Im Vorjahre wurden in Oberschlesien 22 630 Arbeitsuchende und 15 782 Hauptunterstützungsempfänger gezählt.

Nobile aufgefunden!

Oslo, 20. Juni.

Wie aus Kongsbrog gemeldet wird, ist es jetzt Major Maddalena gelungen, das Lager Nobiles aufzufinden und Proviant und Ausrüstungsgegenstände abzuwerfen.

Dazu wird ergänzend gemeldet, daß Maddalena zunächst das Nobile überfallen habe, ohne es zu bemerken. Erst durch einen Funkspruch der Nobile-Gruppe sei Maddalena zurückgerufen worden und habe darauf fünf Personen unterzucken können, die völlig gesund schienen und ihm zuwinkten. Im Verlauf der Nacht wird von Nobile eine Empfangsbestätigung für das abgeworfene Material erwartet.

Wo ist Amundsen?

Die Meldung eines englischen Schiffes, daß das große französische Walfangschiff mit Amundsen und seinen Begleitern an Nord bei Nobile gelandet sei, hat bisher noch keine Bestätigung gefunden. Das Flugzeug hat Benzin für etwa 30 Stunden an Bord. Da Nobile, dessen Funksprüche am Mittwochvormittag sowohl in Tromsø wie auf der „Citta di Milano“ außerordentlich deutlich gehört wurden, von einer Ankunft Amundsens nichts erwähnte, wird angenommen, daß das französische Flugzeug nicht bei Nobile, sondern am Nordkap oder auf der Ankerdam-Insel gelandet sein könnte.

Sozialdemokraten als Caboteure der Amnestie

Der Rechtsausschuß des Preussischen Landtages setzte am Mittwoch die Aussprache über die kommunistischen Amnestieanträge fort. Es wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen, den kommunistischen Entwurf der Straffreiheit für alle politischen Verbrechen und Vergehen mit Ausnahme der sogenannten Fememorde vorläufig nicht weiter zu beraten, bis der Reichstag darüber verhandelt hat. Man beschloß sich dann mit einem Antrag der Kommunisten, wonach sich Preußen im Reichsrat für eine sofortige Vollamnestie einsetzen solle. Ein deutschnationaler Antrag, der unter Hinweis auf den Oberleutnant Schulz fordert, die Am-

nestie auf diejenigen politischen Verbrechen zu beschränken, bei denen das Gericht den Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte nicht ab-erkannt habe, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Fraktion, abgelehnt.

Duisburger Hafnarbeiter lehnen ab nach wie vor

Essen, 21. Juni. (Eig. Drahtber.) In Duisburg fanden Schlichtungsverhandlungen zwischen dem Verlehrsband und dem Hafens-Betriebsverein statt. Es wurde ein Schlichtspruch gefällt, der lediglich den Lohnarbeitern eine Lohnerhöhung von sieben Prozent bewilligt. Die Akkord- und Prämienfäge sollen nicht erhöht werden. Die Lohn-erhöhung kommt etwa 150 Kran-Maschinisten zugute, alle anderen 1100 Hafnarbeiter gehen leer aus. Die Nachtarbeiter-Vollversammlung beschloß die Ablehnung dieses Spruchs, 635 streikende Arbeiter stimmten gegen die Annahme des Schlichtspruchs. Der Schlichtspruch ist darauf von den Gewerkschaften abgelehnt worden. Auch die Unternehmer haben ihn abgelehnt. Die von allen Streikenden einmütig geforderte Versammlung der Mannschaften und Feizer, Hafnarbeiter und Rheinschiffer ist von den Reformisten sabotiert worden. Von dort etwa 800 bis 900 Schiffern, die im Streik standen, wurden Dienstag ungefähr 150 zu einer Versammlung zusammengeholt, in der ein reformistischer Referent es als selbstverständlich betrachtete, daß die Arbeit wieder aufgenommen würde. Schon vor einigen Tagen gaben die Verbandsbürokraten Anweisung, wieder auf die Schiffe zu gehen und zu arbeiten. In der bürgerlichen Presse veröffentlichten die Reformisten eine Mitteilung, die Rheinschiffer hätten beschlossen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Das ist eine glatte Lüge. Weder die Hafnarbeiter noch die Schiffer anerkennen die schändlichen Zwangsschlichtsprüche.

Arbeiterentlassungen in Ostoberschlesien

W.S. Kattowitz, 20. Juni. Die Verwaltung der Georggrube bei Eichenau hat wiederum 180 Bergarbeiter zum 1. Juli gekündigt, nachdem in den letzten drei Monaten bereits 400 Arbeiter entlassen worden sind.

PASSAGIERE

DER III. KLASSE

Roman von Kurt Klüber

50

„Das Kind jehent?“ sagte die Wächlerin, die die Stewardess nicht ganz verstanden hatte.

Die Stewardess nickte. „Auch!“ sagte sie.

Die Wächlerin schob mit der linken Hand die Handtasche etwas zurück und zeigte das Kind. Es war ein kleines, in lederen weiche Leypen eingewickelter Fleischkloßchen.

„Bäh!“ schrie das winzige Mäulchen, das gerade an einer heißen, weißen und schlief nach unten hängenden Brust laugte, als es aufgebredt wurde.

„Bäh!“ krächte es noch lauter, als es die Frau nun nach oben schob, damit es die Männer deutlicher sehen.

Die Männer rückten näher. Der sich windende Name menschliche Durm interessierte sie.

„Bäh!“ machte ihm der Krumme nach, der sich auf die Knie gelassen hatte.

„Bäh!“ krächte der Däne mit ihm und verzog seine Augen, und der Franzose tapete mit seiner dünnen Hand sogar nach dem edigen, haarlosen roten Kopf.

Der Russe, der etwas polnisch verstand, versuchte unterdessen mit der Wächlerin zu sprechen.

„Du bist aus Polen?“ fragte er sie.

„Ja!“ antwortete die Frau freudig, die sonst zu allem, was mit ihr gesprochen wurde, nur mit ein paar englischen Worten antworten konnte, „aus Hjal! Krim.“ verbesserte sie sich schnell, „von einem Gut aus der Nähe von Hjal. Wir sind Gutsarbeiter.“

„Du und dein Mann?“

„Wir waren vier Familien. Vier große Familien. Alle von demselben Gut. Zwei andere Familien sind vor zwei Jahren nach Amerika gefahren. Nach Wisconsin. Sie schreiben, es geht gut. Wir arbeiten an der Eisenbahn. Und ging es aber schlecht auf dem Gut. Sehr schlecht. Wir haben alles verkauft und zu Geld gemacht und sind auch nach Amerika gefahren!“

„Und du mußt wieder zurück?“ Der Russe fragte das Leise und machte ein bekümmertes Gesicht dazu.

Die Wächlerin hing an zu schluchzen. „Ja!“ hauchte sie. „Alle haben sie genommen, den Mann, die beiden Kinder, sogar den Porzellan, dem ein Finger fehlt, und die lahme Katinka, die seit sieben Jahren hinkt. Nur mich nicht!“

„War der Paß nicht in Ordnung?“

„O! Alles!“ Die Frau hob betauernd die freie Hand. „Aber ich habe Frieden, keine langgezogene Frieden! Sieh!“ Sie schob das Bettchen noch weiter nach unten und kreiste ihr wolkens, derbes Hand hoch, „hier!“

Der Russe beugte sich vor, damit er hinschauen konnte. Auch der Krumme schielte mit kleinen Augen hinüber.

„Wirklich, da waren Frieden. Da zeigen sich etwas unterhalb der Brüste einschneidende dünne Streifen. Sie heißen nach dem Rücken zu, und einige waren begründet und eitrig.“

„Es ist nichts Schlimmes!“ sagte die Polin, die erst nur in das Gesicht des Mannes sah, dann aber ihre Augen zu den anderen Männern drehte. „Kein.“ sagte sie wichtig und freiste ihre mageren Körper noch freier, „es sind bloß Schwielen!“

„Schwielen!“ wiederholte der Russe und machte ein ungläubiges großes Gesicht.

Die Polin deutete sich unbehändlich wieder zu und dann auch das offene Hand zusammen. „Der Herr hat uns geschlagen, als wir sagten, daß wir fortwollten“, antwortete sie nun mit geknicktem Kopf. „Nicht die Männer. Die jehent ihm wohl auch nicht weiter. Aber ans Frauen! O!“ und sie ließ einige schrille Töne durch die ge- spitzten Lippen, „und mich besonders!“

Da sie der Russe nicht unterbrach, sprach sie weiter. „Er hat mich schon geschlagen, als ich erst 14 Jahre alt war“, erzählte sie leiser, und das Wasser lief ihr dabei aus den Augen. „Er tat es immer, wenn er mich ins Heu gesteckt hatte. Er brüllte dazu: „Daß ich dich Kreatur habe, ist eine Schande, und damit dir diese Liebe nicht in den Kopf steigt, will ich sie dir wieder aus dem Haupte schlagen.“ Als ich den Jochschloß heiraten wollte, wurde er so jähzornig, daß er mich beinahe erschlagen hätte. Wir mußten auch noch sieben Monate warten, und kurz vor der Heirat mußte ich drei Wochen mit ihm nach Kadmom fahren!“

Nach unserer Heirat“, die Wächlerin strich sich die Tränen aus dem Gesicht, „wurde es etwas besser. Der alte böse Hengst strich immer noch nach. Ich war auch zusammengeschlagen und kränzlich und gefiel ihm nicht mehr. Als er aber hörte, daß ich und mein Mann

unter denen waren, die nach Amerika wollten, rief er mich sieben Tage vor unserer Abfahrt noch einmal zu sich. Katinka und Sofia, die er schon vor mir zu sich gerufen hatte, warnten mich. Er war böse zu uns, sagten sie, und wir haben doch nur einmal in seinem Bett gelegen!“

Die Wächlerin schluchzte wieder. „Er war auch schlimm. Er war schlimmer als unser alter Genbarm. Zieh dich aus, Hontka, sagte er zu mir. Zieh dich aus! Und als ich mich auf's Bett verlegte, rief er mir die Kleider selber vom Leib. Vielleicht wollte er mich erst in sein Bett werfen; als er aber meinen geschwollenen Bauch sah, wie er schluchend vor mir aus und langte gleich nach seiner Weitsche. Er schlug mich beinahe eine Stunde. Hontka brüllte er dazu, ich schlage dich nur, damit du spürst, wie traurig ich bin, daß du fortläufst, und damit du deinen Herrn über dem Wasser nicht vergißt. Sieh, und er schlug mich immer wilder, das ist für die Tage in der Scheune, das ist für die Nächte in Kadmom, das ist für die Nachmittage in den Sümpfen. Als ich aufschrie, brüllte er lauter. Tut es weh? freiste er mich an, plagt dir das Fell schon? Es soll weh tun. Das Fell soll dir plagen. Leg dir auch morgen und die nächsten Tage nichts darauf. Ich schlage dich sonst wieder. Jeder Striemen ist ein Tag mit mir, und du sollst diese Tage ewig an deinem sündigen Fleische zählen können!“

Die Wächlerin war, während sie das erzählte, ganz in sich zusammengesunken und schüttelte sich. Sie war auch so erschöpft, daß sie, als sie weiterprechen wollte, die Lippen nicht mehr öffnen konnte.

„Arme!“ beruhigte sie der Russe, der nicht wußte, was er der Erregten sagen sollte. „Arme!“ sagte er noch einmal und strich ihr leise über die kleinen hornigen Hände.

„Und nun ist es schlimmer geworden mit diesen Frieden!“ kammelte die Frau schon wieder. „Schlimmer als er, als ich, als wir alle gedacht haben. Die Männer, die uns auf der kleinen Insel unterjuchten, haben sie gefunden, und die Grinder und alles, was daran war, unterjucht. Alle können in das Land, haben sie dann gesagt, nur diese nicht. Sie ist eitrig. Ich bin auf die Knie gefallen und habe sie gebeten, sie sollen mich doch in das Land lassen. Werloß hat daselbe getan und alle die anderen. Wir haben ihnen auch erzählt, woher die Striemen sind, und daß ich so geschlagen wurde, aber sie haben es nicht glauben wollen, der Citer war ihnen wichtiger.“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für „Betrieb und Vertrieb“ und „Waldenburg“ Wilhelm Henning, für „Breslau“, „Schiff“ und die übrigen Verlagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den ober- schlesischen Teil: Theodor Beller, Glatz. — Für Inzerate: Dr. Gerber Breslau.

Oberschlesien

Die städtische Pressestelle in Hindenburg

Der Schriftleiter aus Galizien berufen — „Im Dienst der deutschen Sache“

Von unserer Hindenburger Stadtverordnetenfraktion wird uns geschrieben: Bei der finanziellen Not leidet man sich immer noch Ausgaben, die bestimmt erspart werden könnten. Die Schaffung einer städtischen Pressestelle ist das „Verdienst“ des Oberbürgermeisters. Jahrelang konnte man eine solche Einrichtung in Hindenburg nicht. Ein kommunales Bedürfnis lag hierfür nicht vor. Ohne die Stadtverordnetenversammlung drehte man dieses Ding im Magickrat. Jetzt wird man die Notwendigkeit einer solchen Stelle durch die Herausgabe eines Stadtblattes begründen. Monate bestand die Pressestelle schon, ohne daß ein Stadtblatt herauskam. Die produktive Arbeit bestand in dem Ausschneiden und Sammeln von Zeitungsartikeln der verschiedensten Zeitungen (!). Wie groß ist jetzt das Tätigkeitsgebiet? Alle 14 Tage erscheint das Stadtblatt mit behäblichen Bekanntmachungen und Anzeigen. Und dafür wird ein Schriftleiter und eine Hilfskraft bezahlt.

Die Ursachen, warum man eine „städtische Pressestelle“ ins Leben rief, liegen auf politischem Gebiete. Wir sind in der Lage, etwas hiervon mitteilen zu können: Der verantwortliche Schriftleiter ist vom Oberbürgermeister aus Galizien nach Hindenburg

„berufen“ worden. Der betreffende Herr redigierte in Galizien eine deutsche Zeitung. Jetzt wird diese Zeitung durch ihn von der städtischen Pressestelle aus redigiert. Die Zeitung selbst erscheint in Galizien und dient der „deutschen Sache“. So beliebt man sich auszubilden. In Wirklichkeit wird nationalitätliche Propaganda getrieben. Warum der Herr sein Domizil nach Hindenburg verlegte, ist nicht zu erfahren.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, bezahlt die Stadt einen Teil des Gehalts und den Rest zahlt die Regierung. Das Interesse der Regierung an der Tätigkeit des Herrn Schriftleiters vom „Stadtblatt“ dürfte wohl ausschließlich auf politischem Gebiet liegen. Das Herr ist in erster Linie ein Agent. Was die Bevölkerung interessieren dürfte, ist, daß mit kommunalen Steuergeldern herumgewirtschaftet wird. Den Herrn Oberbürgermeister möchten wir einmal fragen, ob denn in Hindenburg keine wichtigeren Ausgaben zu erfüllen sind, als eine Pressestelle zu errichten mit einem höchst sonderbaren Aufgabentypus? Insbesondere in der Zeit, wo die kommenden Staatsberatungen unter dem Zeichen „höchster Sparsamkeit“, nämlich bei den Ausgaben für Unterstützungsempfänger usw., stehen werden.

Zur Stadtverordnetenversammlung in Hindenburg

Am Freitag, dem 22., und Sonnabend, dem 23. Juni tagt in der Gemeindegaststätte im Stadtteil Wiskuply die Stadtverordnetenversammlung. Den Hauptpunkt der Sitzung bilden die Staatsberatungen. Der Stadtverordnetenversammlung liegt ferner eine Entschließung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion gegen den geplanten Tarifwucher der DAWES-Bahn vor. In einem weiteren Antrage der Kommunisten wird der sofortige Bau eines kommunalen Friedhofes gefordert. Die kommunistischen Anträge lauten:

Gegen die Eisenbahntarifierhöhung

Die der Reichsregierung vorgelegte Denkschrift der Reichsbahn stellt eine Tarifierhöhung im Güter- und Personenverkehr vor. Nach der Denkschrift, mit der die Dorpmüller-Direktion der DAWES-Bahn diesen Tarifwucher begründet, sollen 55 Millionen auf den Personen- und 195 Millionen auf den Güterverkehr entfallen. Die Mehrbelastung des Güterverkehrs durch Erhöhung der Tarife heißt im Deutschland des Trustkapitals Erhöhung der Preise noch über diesen Betrag hinaus. Was das gemacht wird, haben eben erst das Kohlen- und das Eisenkapital den Werktätigen befehrt. Die Erhöhung der Preise um nur 8 Prozent hat das Kohlenkapital dazu bewogen, die Kohlenpreise für das Inland um 14 Prozent heraufzusetzen. Genau so werden die Kapitalisten, die über die Produktionsmittel diktorisch herrschen, die Veräußerung der Gütertarife zum Anlaß nehmen, die Preise für alle Waren noch weit über die Tarifierhöhung hinauszutreiben. Der Wucher mit den Frachttarifen durch die DAWES-Bahn bedeutet weitere Erhöhung der Preise für die Artikel des täglichen Bedarfs für jede deutsche Arbeiter- und Beamtenfamilie, für den Handwerker wie für den Bauern. Die Werktätigen, soweit sie reisen müssen, sollen noch gründlicher als bisher von der DAWES-Bahn, die angeblich dem Verkehr dient, in Wirklichkeit aber den Hauptteil der DAWES-Behälter herauszubolen hat, ausgequetscht werden. Gegen

die weitere Verschlechterung der Lebenshaltung breiter Schichten der Bevölkerung, durch den geplanten Tarifwucher der Reichsbahn, erheben wir schärfsten Protest.

Hilfe für die Erwerbslosen

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht: 1. allen Ausgesteuerten und all denjenigen Erwerbslosen, die auf Grund des § 95 des W.G. keine Arbeitslosenversicherung erhalten, ist dieselbe von der Stadt in der ihnen durch das Gesetz zustehenden Höhe zu zahlen; 2. für die unteren Lohngruppen der Unterstützungsempfänger ist der Unterschiedsbetrag ebenfalls durch die Stadt zu zahlen, so daß die Unterstützungssätze zumindest an die Höhe der gehobenen Fürsorge heranreichen; 3. darüber hinaus allen Erwerbslosen eine Wirtschaftshilfe zu gewähren; 4. beschleunigte Vergabe und Durchführung von Arbeiten durch die Kommune im verstärkten Ausmaß; 5. die an den Notstandsarbeitern durch das Wohlfahrtsamt vorgenommenen Abzüge sind sofort einzustellen und diese Summen sind niederzuschlagen; 6. bei Vergabe von städtischen Arbeiten oder Hergabe von Mitteln für Wohnungsbau usw. den Ausführenden zur Bedingung zu machen, daß sie ihre Arbeitskräfte nur durch das Arbeitsamt Hindenburg vermittelt lassen sollen.

Der mit dem Kommunalfriedhof

Weite Kreise der Bevölkerung verlangen einen Kommunalfriedhof. Zu wiederholten Malen beschloß die Stadtverordnetenversammlung den Bau eines Kommunalfriedhofes. In der Sitzung vom 17. März vorigen Jahres bewilligte die Stadtverordnetenversammlung die erste Rate hierfür. Die Verschleppung der Durchführung der gefassten Beschlüsse durch den Magistrat läßt erkennen, daß bestimmte Richtungen im Magistrat die Beschlüsse sabotieren. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird ersucht, mit dem Bau des Kommunalfriedhofes sofort zu beginnen.

Kreistag Beuthen-Zarnowik

Kommunisten verhindern Beteiligung an der Luftverkehrs-N.G. — Staatsberatungen vertagt — SPD. für Gehaltszulagen an hohe Beamte

Die Sitzung des Kreistages Beuthen-Zarnowik hatte folgenden Verlauf: Der Landrat begrüßt den Kreistag und leitet die Sitzung mit den bürgerlich üblichen Reden ein, wobei er hervorhebt, die Ueberwindung der Industriearbeiter müsse nach und nach der ländlichen Gegend im Kreise Beuthen, der sogenannten Stadt Urbanell (ist nach Rokittin) erfolgen. Besondere Bedeutung mißt er dem demnächst in Angriff zu nehmenden Straßenbau Hindenburg-Rokittin und dem Wegebau bei. Es müsse in der bedrängten Erde und dem Spitzwinkel der angrenzenden Staaten Polen-Deutschland ein „Musterland“ werden.

Für den ausgeschiedenen Abgeordneten P. Ohmann zieht der Bauer August Gallas in den Kreistag und die Baukommission. Die Wahl der Schiedsmänner wird durch Jurauf vorgenommen. Darauf folgt die Wahl der Geschworenen.

Der Bildung eines Amtsbezirks Rokittin aus der Gemeinde und dem Gutsbezirk Rokittin wird zugestimmt. Die Sitzung für das Jugendamt des Landkreises Beuthen-Zarnowik wird mit den Abänderungen der kommunistischen Fraktion angenommen. Die Änderungen lauteten, daß evangelische und katholische Geistliche nicht wieder in das Jugendamt zugelassen werden. Ferner sind die Wähler der zwei Lehrer und zwei dem Kreistag zu wählenden bewährten und in der Jugendbewegung erfahrenen Männern auf Antrag der kommunistischen Fraktion durchgeführt worden. Für die proletarische Bewegung ist der Genosse Georg Brauner, Bobrek, gewählt worden. — Die erhöhte Schankerlaubnissteuerordnung ist gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen worden. — Die Sitzung der Kreisparlase wurde mit der Abänderung der kommunistischen Fraktion, welche die Amtsbauer der Mitglieder mit Auflösung oder Ablauf der Kreiswahlperiode enden läßt, angenommen. Der Abänderungsantrag, den Verwaltungsrat der Kreisparlase von zwei auf vier Mitglieder zu erhöhen, wurde, obwohl die kommunistische Fraktion darauf hinwies, daß in letzter Zeit in Reisse der Kassendirektor der Kreisparlase Unterschlagungen von 10 000 Mark begangen hat, weil er unkontrolliert blieb, abgelehnt.

Die Beteiligung an der Luftverkehr Oberschlesien N.G., G. m. b. H. mit einem Betrage von 31 000 wurde vom Kreistag auf Antrag der Kommunisten gegen eine Stimme des Deutschnationalen Enger abgelehnt. Genosse Strzelezy führte aus, daß es Aufgabe des Staates sei, wenn ein Interesse vorliegen sollte, den Luftverkehr auszubauen. In zweiter Linie sei wohl die Industrie interessiert. In keinem Falle ist es Aufgabe eines Kreises, Geld in einer Höhe von 31 000 Mark zu verschleudern, die der Kreis nie wiedersehen wird. Zu den vornehmsten Aufgaben des Kreises gehört, statt Flugplätze und Steine als Denkmäler zu bauen, den Armen der Kerntzen Brot zu geben. Wenn die herrschende Klasse in der heutigen Gesellschaftsordnung ihre Opfer lieber verdingern läßt, so müssen wir als Arbeitervertreter verhindern, Geldbeträge —

die den Ausgebeuteten zugute kommen können — für Flugplätze herauszumerfen.

Die Befolgung der Kreisbeamten ist nach der Umbesoldungsordnung der von der Kreisverwaltung vorgelegenen Vorlage durch den Regierungspräsidenten beanstandet worden, noch bevor der Kreistag hierzu Stellung genommen hatte. Hieraus kann man ersehen, inwieweit sich die höheren Beamten über die Befolgungsordnung hinaus einzugruppieren suchen. Wenn die Kommunisten für die niedrig eingruppierten Beamten Erhöhung beantragen, so nennen das die Deutschnationalen „Lieblingswirtschaft“. Scharf brandmarkte die kommunistische Fraktion die den höheren Beamten vom Kreistag bewilligte persönliche nicht ruhegehaltfähige Stellenzulage. Der Kommunist Strzelezy erklärt, daß die persönliche Zulage an die höheren Beamten eine Günstlingswirtschaft bedeutet, wenn man die kleinen Beamten davon ausschließt. Die Vorlage wurde mit der Änderung des Regierungspräsidenten, die die persönlichen Zulagen in Höhe von 1000 bis 1800 Mark für die höheren Beamten enthielt, gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die SPD. stimmte ausdrücklich für die persönlichen Zulagen der höheren Beamten.

Infolge der nichtordnungsgemäßen Prüfung der Kreiskommunalkasse wurden auf Antrag der Kommunisten in der Finanzkommission die Punkte, die die Entlastung der Jahresrechnung vorsehen, von der Tagesordnung abgesetzt.

Hierauf wurde in die Staatsberatung für das Jahr 1928/29 eingetreten. Diese mußte, da keine genügenden Vorarbeiten der verschiedenen Kommission geleistet waren, auf die nächste Sitzung vertagt werden.

Hindenburg

Stadt-Delegiertenkonferenz von Groß-Hindenburg.

Die Konferenz findet nicht vormittags, sondern nachmittags 3 Uhr am 24. Juni im großen Saale bei Roth statt. Die Vorleiter der Zellen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß alle Delegierten ihrer Zellen reiflos aus allen Stadtteilen erscheinen. Alle Genossen sollen nach Möglichkeit ihre Frauen mitbringen. Desgleichen haben Zutritt Mitglieder aller proletarischen Organisationen, Bahnhelfer und Zeitungsliefer. Referent J.R.-Vertreter.

Wahl im Versicherungsamt. Das Ergebnis der Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer im Vorstand des Versicherungsamtes der Stadt Hindenburg ist folgendes: Abgegeben wurden insgesamt 16 828 gültige und 631 ungültige Stimmen. Es erhielten: Liste 1 (Verband der Gewerkschaftsbereine Hirsch-Dunder) 1194 Stimmen, Liste 2 (Reichsverband der angestellten Berufsverbände) keine Stimme, Liste 3 (ADGB) 11 188 Stimmen, Liste 4 (GDA) 180 Stimmen, Liste 5 (Christliche Gewerkschaften) 2269 Stimmen. Es entfallen demnach auf Liste 3 vier Vertreter und sieben Stellvertreter, auf Liste 5 zwei Vertreter und vier Stellvertreter; Liste 1, 2 und 4 erhalten keine Vertreter.

Beuthen

Elternbeiratswahlen in der Pestalozzischule.

Die Elternbeiratswahlen finden am Sonntag, dem 24. Juni, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags in der Pestalozzischule (Evangelische Schule) statt. Es stehen drei Listen zur Wahl, und zwar: Liste 1 (Christlich-Protestantische Schule), Liste 2: Liste der Arbeiterchaft, Liste 3: Proletarischer Schulfortschritt. Alle proletarischen Eltern, die ihre Kinder in der Pestalozzischule haben, werden ersucht, sich an der Wahl zu beteiligen, desgleichen ihre Gesinnungsgenossen sowie Freunde und Bekannte zur Wahl mitzubringen. Alle stimmen für die Liste 3 mit den Spitzenkandidaten Balcer, Plat, Kempinski. Es ist ein Einheitsstimmzettel, darum wird das Kreuz in dem Kreis Liste 3 Balcer gemacht.

Oppeln

Schon ermüdet?

Oberbürgermeister Dr. Berger ist seit Anfang dieser Woche verurlaubt. Vertreter ist der Zweite Bürgermeister Scholz. Diesem, einem Zentrumsmann, ist auch das Amt des Polizeichefs auf Wunsch des Sozialdemokraten Dr. Berger durch die Regierung übertragen worden. Dr. Berger ist gerade zwei Monate in städtischen Diensten. Den Urlaub bei dem zweifelhaften Wetter hat er scheinbar nicht des Urlaubs wegen angetreten; den Posten des Polizeichefs sogar abgegeben. Dr. Berger als sozialdemokratischer Oberbürgermeister hat wohl selbst seinen eigenen Genossen bewiesen, daß er auch nur der Vertreter der herrschenden kapitalistischen Klasse ist, — den Arbeitern das Demonstrieren am 1. Mai auf dem Ringe zu verbieten, bei der Fronleichnamprozession dagegen großzügig den ganzen Ring für mehrere Stunden zu sperren, zeigt jedem das „sozialdemokratische“ des Doppelers Chefs. — Der Urlaub ist ein taktisches Ausder-Schlange-ziehen! Gerade jetzt Urlaub und Uebergabe der Polizeigewalt an einen offenen Feind der Arbeiterchaft kurz vor dem Aufmarsch der Roten Front im Untergaumstade und dem Aufgehen der Selbstgarden am gleichen Tagel! Das läßt uns einen schändlichen Plan der Polizeigewalt vermuten! Werttätige, Augen auf!

„Degradiert“

Das Stahlhelmgewindel kann stolz sein auf seine dunklen Gestalten, die in der Organisation beherbergt werden. Bei den alten „Fronkern“ sind Deserteure, bei den Jungstahlhelmen sind es Fröhlischen, die gern fremdes Geld mit eigenem verwechseln. Das wird allerdings von der durch Unternehmerrgelder korruptierten Stahlhelmführung nicht allzu trunp genommen. Der Jungstahlhelmer Franz Porinsly, Breslauer Platz 9, zum Beispiel, hatte als Gruppenführer auch die Gelder der Gruppe unter sich. Wählich zeigt es sich, daß die Gelder unterschlagen sind. In Arbeiterorganisationen werden solche Kreaturen sofort entfernt und an den Pranger gestellt. Der Stahlhelm hängt an jedem noch so schlechten Mitglied und hält auch dieses Büfcher weiter in der Organisation und „degradiert“ es bloß pro forma. P. soll schon öfters diese Art des Vermögensausgleichs probiert haben. Oppelner, am 1. Juli beim Femerüberaufmarsch geht nur gut auf Hab und Gut acht, denn es ist nicht ausgeschlossen, daß sich auch Taschendiebe und prominente Einbrecher unter der Bande befinden.

Briefkasten

B. M. J. Die Nähmaschine kann bestimmt nicht gepfändet werden, wenn sie zur Vestraltung des Unterhalts verwendet wird. In anderen Fällen ist die Pfändung möglich. Die zweite Frage muß mit Ja beantwortet werden.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, den 23. Juni:

Schimischow, abends 6 1/2 Uhr im Lokal Bohmia, Mitgliederversammlung.
Reisse, abends 7 Uhr im Lokal Heinrichsbrunn, kombinierte Funktionärssitzung.

Sonntag, den 24. Juni:

Hindenburg, nachmittags 3 Uhr (nicht, wie zuerst gemeldet, vormittags) Stadtdelegiertenkonferenz von Groß-Hindenburg. Alle Zellen senden auf je 5 abgerechnete Mitglieder einen Delegierten. Alle Mitglieder haben unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches Zutritt. — Besonders die Diskutierer und Jaborger Genossen werden darauf hingewiesen.
Cosel, vormittags 9 Uhr im Lokal Eiche Kreisversammlung aller Funktionäre und Vertrauensleute.
Bobrek-Karf, vormittags 9 1/2 Uhr im Lokal Pofamonit Mitgliederversammlung.

Kommunistischer Jugendverband

Hindenburg (auch J.S.B.) Sonnabend 20 Uhr: Sammeln im Lokal Roth, Paulstraße. Abmarsch 20 1/2 Uhr nach Preßhelle zur Sonnenwendfeier.
— Sonntag 6 Uhr: Sammeln aller Mitglieder, welche am Nachtmarsch nicht teilnahmen, am Montagmarktplatz zum Ausflug nach Preßhelle.

Sonstige Organisationen

Hindenburg, Freidenker, Mitgliederversammlung Sonntag 10 Uhr im Gewerkschaftshaus Jaborge.
Gleiwitz, Freidenker, Sonnabend. Die Mitglieder nehmen an der von dem Touristenverein „Die Naturfreunde“ veranstalteten Sonnenwendfeier teil. Sammelpunkt Germaniaplatz. Abmarsch um 21 Uhr.
— Freie Schützengesellschaft, Sonnabend nehmen die Mitglieder an der Sonnenwendfeier des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ teil. Sammelpunkt Germaniaplatz. Abmarsch um 21 Uhr.

Rüstet zum Untergangtreffen am 1. Juli in Oppeln!

Verhandlungen in der schlesischen Metallindustrie gescheitert

Die Unternehmer bieten nur 5 Pfennige bzw. 5 Prozent — Die Bürokratie will keinen Kampf

Gestern veröffentlichten wir einen Bericht von der D.M.B.-Bezirkskonferenz in Liegnitz. Heute lassen wir einen ausführlichen Bericht folgen. Gleichzeitig wird in der Zuschrift das Scheitern der Verhandlungen mit den Unternehmern mitgeteilt und erneut die Absicht der Bürokratie, jedem Kampf aus dem Wege zu gehen, bestätigt. Die Metallarbeiter müssen sofort in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen die in Liegnitz beschlossenen Forderungen als ungenügend ablehnen und Vorbereitungen zu einem Kampf um höhere Lohnzulage und die 46-Stunden-Woche treffen!

Beimnächst laufen am 30. Juni in der niederschlesischen Metallindustrie das Lohn- und Arbeitszeitabkommen und Giebereiabkommen ab. Eine am 15. Juni einberufene Konferenz der beteiligten Organisationen nahm hierzu Stellung. Wie man aus dem Bericht ersehen konnte, waren fast alle Ortsverwaltungen gut vertreten. Auch Breslauer Kollegen waren erschienen, da ja auch die Tarife der Breslauer Metallindustrie am 30. Juni ablaufen. Die Delegierten mußten zu ihrem Erstaunen erfahren, daß auch am selbigen Tage nachmittags 3 Uhr schon Verhandlungen mit den Unternehmern stattfinden sollten. Kein Delegierter hatte eine Ahnung davon, da keine Zählstelle benachrichtigt worden war. Bezirksleiter Timm, welcher die Sitzung leitete, verstand es in seinen Ausführungen von vornherein, den Kollegen klar zu machen, daß ja nicht zu viel gefordert werden dürfe. Mit seinem Vorschlag kam er aber nicht durch. Die Forderung von oppositionellen Kollegen, für alle Gruppen und Altersklassen eine Erhöhung von 10 Pfg. zu fordern, wurde gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die nächste Forderung von 8 Pfennigen für alle Gruppen und Altersklassen wurde mit über 20 Stimmen angenommen. Es wurde verlangt, diese Forderung mit allen Mitteln zu vertreten. In der Arbeitszeit

wurde die Forderung gestellt, daß das Arbeitszeitabkommen verschwinden und die reine Arbeitszeit höchstens 48 Stunden (täglich 8 Stunden) betrage. Zum Giebereiabkommen hatte bereits eine Konferenz Stellung genommen, in welcher gefordert wurde, die Giebereizulage von 5 Prozent auf 10 Prozent zu erhöhen, für Ausschubgäß sollen die Bestimmungen des Breslauer Giebereiabkommens Geltung haben. Gleichzeitig tagte eine Holzarbeiterkonferenz der Modellmacher, welche in der Metallindustrie beschäftigt sind. Diese stellte die berechnete Forderung auf, die Modellmacher genau so in der Metallindustrie zu bezahlen, als in der Holzindustrie. Ein oppositioneller Kollege, welcher die berechnete Forderung aufgestellt hatte, die Bezirksleitung des D.M.B. solle dahin wirken, daß alle Abkommen zum mindesten in Schlesien zu einem Zeitpunkt ablaufen sollten, erhielt eine gehörige Rüge vom Kollegen Timm, da ja die Reformisten beiläufig nicht kämpfen wollen. In der Konferenz kam eindeutig zum Ausdruck, selbst von reformistisch orientierten Kollegen, daß ja über die Forderungen der Metallarbeiter nicht die Arbeiter allein bestimmen, sondern daß dieses die Schlichtungsinstanzen tun, nur traut man sich nicht, den Mitgliedern dieses zu sagen.

Zu den Verhandlungen am Nachmittag im Reichshof in Liegnitz wurde nur ein kleiner Kreis von Delegierten abgeleitet. Diese Verhandlungen sind in den späten Abendstunden gescheitert, da die Unternehmer nur 5 Pfennig für die Lohnarbeiter zahlen wollten, für die Akkordarbeiter sogar nur 5 Prozent auf die Akkordpreise.

Bei der Lohnforderung wäre noch darauf hinzuweisen, daß in Zukunft der bisherige Lohnsatz und die 15 Prozent Leistungszulage zusammengerechnet werden soll, so daß der bisherige Spitzensatz von 66 Pfg. mit 15 Prozent Leistungszulage 76 Pfg. ergeben würde. Dazuläme die Forderung von 8 Pfg., ergebe einen Spitzensatz von 84 Pfg.

Diese Forderung ist unbedingt zu niedrig, da die Lebensbedarfsgegenstände, zumal diejenigen, welche die Arbeiterklasse am notwendigsten benötigt, gewaltig gestiegen sind. Da man auf der anderen Seite weiß, daß, wenn der Schlichter einen Spruch fällt, dann das Abkommen bestimmt 1—2 Jahre läuft, so muß man sagen, daß die Delegierten sehr schlecht ihrer Pflicht als Arbeitervertreter nachgekommen sind, denn die 8 Pfg. sind kein Ausgleich für die abgelaufene Zeit, viel weniger für die kommende Zeit mit ihrer Preissteigerung. Die SPD-Kollegen sollen sich nun fragen: Sind dieses die Früchte des 20. Mai, wo man in jeder Gewerkschaftsversammlung den Arbeitern sagte:

„Wählt am 20. Mai SPD, und Ihr werdet andere Lohn- und Arbeitsbedingungen haben,

auch die Gewerkschaftszeitungen bliesen ins selbige Horn.

Die Opposition dagegen erklärte den Gewerkschaftskollegen, nicht der 20. Mai wird die Lohn- und Arbeitskampfe entscheiden, sondern der unerbittliche Klassenkampf, und die Vorbedingung hierzu ist die Beseitigung der neuen Arbeitsgemeinschaft — das Schlichtungswesen. Wir erklären, mit allen Mitteln muß der Kampf gegen das Schlichtungswesen geführt werden. Wir sagen der schlesischen Metallarbeiterschaft, daß der Schlichter und die Gewerkschaftsbürokratie versuchen werden, den Kampf abzumürgen. Man wird versuchen, die Arbeiterklasse nicht entscheiden zu lassen über Annahme oder Ablehnung des Resultates.

Gegen diese Schandpläne muß entschieden protestiert werden!

Es ist notwendig, daß jede Kollegin und jeder Kollege bei den Verbandstags- sowie bei den Gewerkschaftskongressen ihre Stimme allein der Opposition geben, die gewillt ist, den Kampf gemeinsam mit der Arbeiterklasse zu führen gegen das Schlichtungswesen, für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, für die Befreiung der Arbeiterklasse von den Fesseln des Kapitals!

Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!

Paul Simmel heute persönlich auf dem Johannistfest

Breslauer Johannistfest
9.45 Uhr: **Riesen-Runst-Feuerwerk**

Heute Donnerstag: **Elitetag Sonnenwendfeier**

5 Uhr: Filmaufnahme der Festteilnehmer mit Paul Simmel
6 Uhr: **Gymnastik, Staffellauf**, offen für alle Sportverbände
9 Uhr: **Sonnenwendfeier mit Regentanz**, Btg.: Marion Taucher

10.15 Uhr: **Paul Simmel u. Bischoff mit dem Mikro auf der Jagd nach Typen**

Sucht heute zwischen 4 u. 5 Uhr Paul Simmel auf dem Festplatz und in den Platzgeschäften. Sofort 150 Mark
Der Finder erhält von Simmel

Besucht das künstlerische **Marionetten-Theater** von Schichtl.

Morgen Freitag, 5 Uhr: **Freiballkonkurrenz** der Luftakrobatin Claire Wilson.
5.30 Uhr: **Motorrad-Gymkana-Spiele, Fuchsjagen, Wettprang** (neu für Deutschland).

Eintrittspreise: Heute Erwachsene 50 Pfg., Kinder 20 Pfg., an den übrigen Tagen: Erwachsene 30 Pfg., Kinder 10 Pfg.; Sonntag und Elitetage: Erwachsene 50 Pfg., Kinder 20 Pfg.; Dauertarten für alle Tage gültig: Erwachsene 2.50, Kinder 1.— Mt. Ververkauf bei Barasch.

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 18. 6. bis Sonnabend, den 23. 6.
Täglich 20 Uhr
Saisonausverkauf 1928
Revue
Tegte von Paul Harnag und Carl Hebr
Musik von Boris Kalken.

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 18. 6. bis Sonnabend, den 23. 6.
täglich 20 Uhr
Der letzte Schleier
Ein Stück in 3 Akten
von G. W. Wheatley.

Stadttheater Breslau (Opernhaus)

Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 22
Die Hölle
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 22
Rignon
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 22
Der Freischütz
Sonnabend, 19.30 Uhr
Abschieds-Vorstellung
Carl August Neumann
Don Juan
Sonntag, 19.30 Uhr
Die Jüdin

Schauspielhaus Breslau

Operettenbühne
Telephon Nr. 36306

Die singende Venus

2 Gebett Betten m. gut Füllung, echt Julett 28.98 einzeln. Gebett 18 M. einz. Kissen 4.75, gut. Fed. p. Bld. 1.35 u. höher. **Geisstraße 30 Friedländer**

Wichtig

Wir weil b. Bedarf von Möbeln und Hausgerät auf die Gelegenheitsläufe im Volkspeicher hiermit nochmals hin. Ganze Wohnungseinrichtung sowie einzelne Schränke, Küchenschränke, Sofas, Chaiselongues, Pianos u. vieles andere stehen zum baldig. Verkauf. **Bestellungsantrag** an **Volkspeicher** Robert Stache, Nur Berliner Str. 9, Teilzahlung gestattet.

Inserate

haben in unserer Zeitung **besten Erfolg**

Direkt aus der Fabrik

unser berühmter alter **Breslauer 35%**, p.Ltr. M. **2.10**
Weinbrandverschnitt 2.80
la 38% per Liter M.
Simbeerlast per Ltr. M. 1.40
1 Liter = 2 1/2 Pfund.
Blutroter Südwein 1.25
kräftig u. süß, per Ltr. M.
Sämtliche Liköre und Weine zu unübertroffenen Preisen

Herzberg & Co.

Häfenstr. 48, Blücherplatz 17/18, Michaelistr. 3, Klosterstraße 64, Leutenstraße 18

Tassilo Krienke

Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 5.9

Neu! Damen- und Herren-HÜTE

Teilzahlung
O. Hauptfleisch, Oblander Str. 43

Möbel

Küchen, kompl., 7-tig. von 80.— Mk. an
Schränke, pol., 2-türig von 60.— Mk. an
Anschlische von 38.— Mk. an
Polierte Stühle von 5.50 Mk. an
Preisw. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Aufge-
malratz u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel
Biener & Dührig
Sohn- u. Möbel / ca. detail, ca. gros
Mühlentstr. 107 u. Weinbergstr. 10.20

Bei Wilhelm Vogel

kau fman
Schuhwaren aller Art
gut und preiswert
Friedr.-Wilh.-Str. 66 Gräbschener Str. 19/21

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung
Wäsche und Konfektion
eigener Herstellung. Gelegenheitsposten.
S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10

Kurz-, Weiß-, Wollwaren

Erwin Neumann
Breslau, Klosterstrasse 115 / 117

Zur Fahrt ins Grüne

Eine gute Maschine!
Sonder-Angebot
für 1a Fahrräder unter Garantie gegen Teilzahlung
Anzahlung Mk. 10.—, wöchentl. Raten von Mk. 2.50 an
Teilzahlungspreise:
Spezialräder:
Tourerad . . . Mk. 79.50
Damenrad . . . Mk. 85.—
Halbrenner . . . Mk. 85.—
dto.
m. Außenlötlung . . 105.—
Sämtliche Räder mit 1a Bereifung u. Torpedofreilauf!
Griffe . . . von 25 Pf. an
la Sättel . . . von 2.75 an
Schläuche von 95 Pf. an
Schlauchreifen v. 5.75 an
Felgen schwarz v. 95 Pf. an
Rahmen . . . von 19.50 an
Sämtl. Teile sind in sehr groß. Auswahl zu enorm billig. Preisen am Lager. Fachm. geleitete Reparaturwerkstatt
Nähmaschinen mit Zentralschiffchen Mk. 190.—
Anzahlung Mk. 10.—, wöchentl. Raten Mk. 2.50
Fahrradhaus „Eximius“
Breslau 1. Rauschestr. 28

Badenburger Bezirk freireligiöser Gemeinden OB

Sonntag, den 24. Juni findet in Bärengrund bei Galab unsere allbekannte

Sonnenwendfeier

statt. Außer Konzert u. Festrede des Dozenten sind Vorträge aller Art, z. B. Preisreden, Paktisch usw. für alt und jung vorgesehen. / Beginn 14 1/2 Uhr.
Hierzu laden wir jedermann herzlichst ein
Der Vorstand

Julius Dobschall, Görlitz

Steinstraße 11 Fernsprecher 1429
Haus- und Toiletten-Seifen
Parfümerien, Wachswaren, Stearin- und Paraffin-Kerzen

Elektrische Beleuchtungskörper, Heiz- und Koch-Apparate

Installations-Materialien
Licht- u. Kraft-Anlagen
Radio
Elektro-Montage-Ges.
m. b. H.
Görlitz, Berliner Straße 60
Telephon 145

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Westkurs — Die Außenpolitik der SPD. „Vorwärts“ antwortet der „Iswestija“

Die Moskauer „Iswestija“ benutzte die Gelegenheit der Bildung einer neuen Regierung in Deutschland, um dieser gegenüber die Anregung zu wiederholen, die sie jeder kapitalistischen Regierung gegenüber stets gemacht hat: die sowjetrussisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen sollen gefestigt und ausgebaut werden. Da die stärkste Partei der kommenden Großen Koalition die SPD ist, richtete die „Iswestija“, ohne in bezug auf den außenpolitischen Kurs der sozialdemokratischen Führerschaft irgendwelche Illusionen zu haben, ihre Frage vor allem an die sozialdemokratischen Minister. Die Sowjetregierung hat damit ihrem steten und bekannten Wunsch Ausdruck verliehen, mit dem kapitalistischen Deutschland in einem normalen friedlichen Verhältnis zu leben. Dies zu betonen, erschien notwendig, weil die deutsche sozialdemokratische und bürgerliche Presse die in steigendem Maße sowjetfeindliche Haltung des norddeutschen Imperialismus mit dem wiederholten Hinweis zu maskieren sucht, als wäre die Sowjetunion an der Verschlechterung der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen schuld.

Nun liegt die Antwort der SPD-Führerschaft im „Vorwärts“ vor. Sie ist trotz mancher schönen Worte, in die sie gehüllt wird, eine glatte Ablehnung des sowjetrussischen Vorschlags. Die Anregung der „Iswestija“ genügt, um den „Vorwärts“ zur Darlegung eines lächerlichen Programms des neudeutschen Imperialismus zu veranlassen. Die englische und französische Bourgeoisie sollte über die Pläne und Absichten der SPD-Minister nicht einen Tag im unklaren gelassen werden.

Wenn Poincaré und Chamberlain auch nur einen Augenblick daran gezweifelt hätten, so sagt ihnen der „Vorwärts“ mit aller Deutlichkeit, daß die von der „Iswestija“ als Westorientierung bezeichnete Außenpolitik alten Ueberlieferungen der SPD. schon aus der Vorkriegszeit entspricht. „Vertrauensvolles Zusammenwirken Deutschlands mit den Westmächten“ d. h. der deutschen Kapitalistenklasse und ihrer SPD-Minister mit den imperialistischen Regierungen Poincarés und Chamberlains ist für die Sozialdemokratie ein unumstößlicher Grundsatz. In dieser Westorientierung unter allen Umständen festzuhalten, ist die SPD. entschlossen. Auch „der unbefriedigende Stand der Räumungsfrage vermag grundsätzlich nichts an ihrer Außenpolitik zu ändern“.

Die SPD-Minister haben für das Zusammengehen mit den anderen imperialistischen Mächten gegen die Sowjetunion endgültig optiert. Das ist der Sinn der Ausführung des „Vorwärts“: „Wir würden es für falsch und äußerst bedenklich halten, wenn Berlin seine guten Beziehungen zu Moskau als diplomatischen Trumpf gegen Paris und London ausspielen wollte. Wir können nicht der sehr wünschenswerten (?) Freundschaft mit Rußland das für Europa lebensnotwendige gute Einvernehmen zwischen Deutschland und den Westmächten opfern.“

Diese eindeutige Westorientierung wird dann mit der Formel Stresemanns von der „Rolle eines Vermittlers“ Deutschlands zwischen der Sowjetmacht und dem kapitalistischen Westen verdrängt. Was aber ist der sachliche Inhalt dieser Formel? Sie hat Stresemann als Außenminister des Bürgerblocks nicht gehindert, seine Bindungen zum englischen und französischen Imperialismus zu festigen und seinen sowjetfeindlichen Kurs zu verstärken. Im Munde der SPD-Minister ist sie erst recht eine schlecht maskierte Kampfanlage an die Sowjetmacht. Hinter dieser „Vermittlung“ verbarg sich in den letzten Jahren immer offenkundiger das Bestreben der deutschen Bourgeoisie, den kapitalistisch-imperialistischen Druck der Westmächte auf die Sowjetunion zu vermitteln, ein Vorkämpfer feindlicher kapitalistischer Vorstöße gegen die grundlegenden Einrichtungen der Sowjetmacht zu werden.

Ebenso ist die Betauerung des „Vorwärts“, die Sozialdemokratie sei „Gegner jeder Interventionspolitik“, dem imperialistischen Wortschatz Stresemanns und Chamberlains entnommen. Auch als Chamberlain seine Kriegsschiffe mit Macdonalds Billigung nach China schickte, beteuerte er, Gegner der Interventionspolitik zu sein. Seitdem die im Vorjahr praktizierten großschlächtigen englischen Interventionsmethoden gegen die Sowjetmacht an den Klippen der imperialistischen Gegenstände Schiffbruch erlitten haben, ist es zum Rezept der Imperialisten geworden, die neueren großzügigen Eintreibungsversuche mit friedlichen Betauerungen zu begleiten.

Die SPD-Führerschaft verspricht der Sowjetmacht, ihr den „Miß des drohenden Interventionskrieges von der Brust zu nehmen“. Wie dies praktisch gemacht wird, hat die Aktivität der Sozialdemokratie bewiesen: Einerseits Sowjetgranatenheke, Sowjetgiftgaschwindel, Hüfberdinge, Fehrede im Auswärtigen Ausschuss, andererseits das Leugnen der imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, um den Imperialisten in den Augen der Werktätigen das nötige Miß zu verschaffen, ihnen Schmiere zu streichen, wie es Stresemann als Außenminister der Bürgerblockregierung mit seinen Betauerungen stets getan hat, er könne der Welt versichern, daß keine feindlichen Pläne gegen die Sowjetmacht geschmiedet werden.

Die Sozialdemokratie hat die erste Gelegenheit ergriffen, um schon während der Verhandlungen um die Ministerstessele im Auftrage der deutschen Bourgeoisie ihr imperialistisches außenpolitisches Programm zu entwickeln. Wie in der Formulierung der meisten wegweisenden Lösungen des neudeutschen Imperialismus der Nachkriegszeit, geht die SPD-Führerschaft der Bourgeoisie auch diesmal voran. Westorientierung, engle Zusammenarbeit mit den imperialistischen Westmächten gegen die Revolution, gegen die Sowjetmacht, das ist der außenpolitische Kurs der SPD-Koalitionsminister. Spezielle sozialdemokratische Forderungen, wie die Zumutung an die Sowjetregierung, etwa die kommunistische Propaganda in Deutschland zu dämpfen, oder den menschewistischen Kontrevolutionären in Rußland die Freiheit der Verschwörung wiederzugeben, zeigen, daß die SPD. es versteht, den sowjetfeindlichen Kurs auf ihre Weise mit besonderen Nuancen zu verschärfen.

„Sozialist“ Boncour in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten

21. Paris, 19. Juni. Die Kammer wählte am Dienstag die Präsidenten der großen Kommissionen, Paul Boncour zum Vorsitzenden der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten durch Afflamation, Malby zum Vorsitzenden der Finanzkommission mit 27 gegen 14 Stimmen, Chappelaine (Linksradikaler) zum Berichterstatter mit 27 gegen 17 Stimmen und Maginot zum Vorsitzenden der Seereskommission mit 28 gegen 12 Stimmen.

Südrussische Städte von einem Wirbelsturm heimgesucht

21. Kowno, 20. Juni. Aus Moskau wird gemeldet, daß in Südrussland der Wirbelsturm der Wolgarepublik eröffnet worden ist.

Die Braun-Regierung sabotiert die Amnestie

Die SPD. gegen die Amnestierung von Goetz und Margies!

Der Rechtsausschuss des Landtags trat am Dienstag in die Beratung der Amnestieanträge der kommunistischen Landtagsfraktion ein. Genosse Obuch legte als Berichterstatter den Inhalt der Anträge dar, sowie einen Gesetzentwurf für die Amnestie in Preußen mit Ausschluß der Fememörder und ihrer Hintermänner, ferner ein Ersuchen an die preußische Regierung, im Reich für eine Vollamnestie der proletarischen politischen Gefangenen des Reiches und der Länder einzutreten.

Der jetzige Vorsitzende des Ausschusses, der Abgeordnete Eichhoff von der Deutschen Volkspartei, brachte Bedenken zum Ausdruck, ob im Landtag vor Verabschiedung der Anträge im Reichstag bereits Stellung genommen werden könne. Diese Verschleppungstaktik setzte der Vertreter der preußischen Staatsregierung, Ministerialdirigent Schäfer vom preußischen Justizministerium, noch in verstärktem Maße fort. Er schob in den Vordergrund die juristischen Bedenken, ob nach der Verfassung das Reich eine Amnestie für die Länder überhaupt gewähren dürfe, und erklärte im übrigen, daß die Staatsregierung über die Frage der Amnestie in Preußen sich noch nicht schlüssig geworden“ sei (!).

Dies veranlaßte den Genossen Obuch zu dem Antrag, die Herbeiführung des Justizministeriums zu verlangen. Er soll Auskunft geben, welche Haltung er bei den kommenden Beratungen der Staatsregierung einnehmen werde.

Der Antrag verursachte allgemeine Verlegenheit. Herr Puttner von der SPD. behauptete, nur der Landtag selbst könne Minister herbeiführen. Der deutschnationale Abgeordnete Geerberg ging noch weiter und verlangte einfach Absehung des Antrages, der die Reichsamnestie beträfe. Bei der Abstimmung stimmte die kommunistische Fraktion allein für das Erscheinen des Justizministers, das somit abgelehnt wurde.

In der Debatte erhielt dann Genosse Obuch das Wort zu einer einstündigen Rede. Die anderen Parteien hatten sich nämlich überhaupt nicht zum Wort gemeldet. Genosse Obuch widerlegte die Ausführungen des Regierungsvertreters. Die Tatsache, daß nicht nur Verurteilte von einer Amnestie erfaßt werden, sondern auch schwebende Verfahren niedergeschlagen, ja sogar der Justiz unterzogen werde, neue Verfahren einzuleiten, liefert den Beweis, daß die Amnestie als ein einseitiger Staatsakt innerpolitischer Natur erscheint, zu dem gerade vor allem das Reich berufen ist. Obwohl in verschiedene politische Lager geteilt, ist sich die Arbeiterschaft einig in der

Forderung, daß die proletarischen Opfer um so mehr aus den Zuchthäusern und Gefängnissen befreit werden müssen, weil die Justiz in einseitig parteiischer „Rechtsprechung“ sie abgeurteilt hat. Die Ausnahme der Fememörder rechtfertigt sich, weil bei ihnen organisierte Morde in Frage kommen, von Organisationen, die in derselben Weise heute noch ihre arbeitserfeindlichen Pläne zu verwirklichen trachten.

Darauf gab es eine Ueberraschung. Aus der unangenehmen Situation, Farbe bekennen zu müssen, war ein Ausweg gefunden. Der Vorsitzende teilte plötzlich mit, daß das Zentrum gebeten habe, die Verhandlungen abzubrechen, da die Fraktion zu einer Beratung zusammenzutreten müsse. (Zuruf der Kommunisten: „Bestellt aber einen Justizminister!“) Der Ausschuss beschloß dementsprechend, die Verhandlungen auf Mittwoch früh zu vertagen.

Herr Puttner hat einen Antrag für die Sozialdemokratische Partei vorbereitet. Die Preußen-Regierung möge im Reich eine Amnestie unter Ausschluß der Länder fordern und alle Laten in die Amnestie nicht einbeziehen, die gegen das Leben gerichtet waren. Damit würden auch Max Goetz und Margies von jeder Amnestie ausgeschlossen sein. Die Sozialdemokratie liefert von sich aus also den bürgerlichen Parteien die Handhabe, die Amnestie proletarischer Kämpfer unmöglich zu machen.

Die Arbeiterschaft fordert eine Vollamnestie einschließlich der Genossen Margies und Goetz!

Reichsbegnadigungs-Ausschuss verschoben

Wieder Verschleppung des Falles Goetz

Der für Dienstag einberufene Reichsbegnadigungsausschuss hat — wie wir gestern kurz „vom Tage“ meldeten, — seine Sitzung verschoben. Er will erst am Tage der nächsten Vollziehung des Reichstages — und zwar eine Stunde vor der Sitzung — tagen. Sein Vorsitzender ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. M o j e s. Es scheint, daß er die vorgezeichnete Verhandlung des Falles Goetz vor dem Reichsbegnadigungsausschuss erneut verschleppt hat, um den Koalitionshandel zwischen den SPD-Führern und der Partei der Truppkapitäne nicht zu stören.

Der Stahlhelm-Fliegerrummel in Berlin fortgesetzt

Die Hindenburgfront hergestellt — v. Sühnefeld ist zufrieden!



(Eig. Drahtber.) Berlin, 20. Juni.

Sühnefeld & Co. mit Reichswehr und ehemaligem Chef der deutschen Luftstreitkräfte, daher die „friedliche Mission“!

Der Empfang der Dzeanflieger ist in Berlin von den Staats- und Stadtbehörden zu einem der größten nationalen Rummel ausgestaltet worden. Um der Öffentlichkeit vorzutauschen, daß sich die „gesamte Bevölkerung“ an diesem Rummel beteilige, wurden insbesondere die Schulkinder in Massen aufgebeten, um durch Spatierstehen und Absingen vaterländischer Lieder beim Rummel mitzuhelfen. Viele proletarische Eltern leisteten jedoch der Aufforderung der kommunistischen Partei Folge und hielten ihre Kinder von der Schule und damit von diesem Rummel fern.

Bei der Ankunft der Dzeanflieger auf dem Tempelhofer Feld wurden dieselben von dem deutschnationalen Vizelandeshergert auch im Auftrage der preußischen Regierung mit einer von Nationalis-

mus triefenden Rede willkommen geheißt. Neben dem Deutschlandlied spielte die Reichswehrkapelle auch „Heil dir im Siegerkranz“.

Der Stahlhelmer Sühnefeld sagte in seiner Antwortrede u. a.: „In Bremen habe ich gestern erlebt, daß anlässlich unserer Rückkehr von unserem glücklichen Flug zum ersten Male in der Geschichte des neuen Deutschlands der „Stahlhelm“ und das „Reichsbanner“ gleichzeitig mit Begrüßungsdelegationen und Fahnen erschienen sind. Dies war für mich das größte und spannendste Erlebnis nach dem Betreten des geheiligten deutschen Bodens, vor dem wir uns genau so gut, wie es der Amerikaner vor seinem Vaterlande tut, in Ehrfurcht beugen, vor diesem Land, das wir lieben, ehren und schützen sollen ohne Unterschied des Standes, ohne Unterschied der Partei, wenn der Ruf ertönt: Um Deutschland!“

worden ist. Der Kongress beschloß, die Wolgarepublik unter Beibehaltung der autonomen Rechte der Republik dem Niederwolgarebiet anzuschließen. Der Vorsitzende der Republik wies in seiner Ansprache auf die wirtschaftliche Erstarkung der Republik und auf die Notwendigkeit hin, die Landwirtschaft der Republik weiter auszubauen.

Die wolgarentsche Republik schließt sich dem Niederwolgarebiet an

21. Kowno, 20. Juni. Aus Moskau wird gemeldet, daß in der Ukraine und Weißrussland ein harter Wirbelsturm wütet. Die Städte Kowno, Minsk und Kiew stehen unter Wasser. Die Telephonverbindung wurde unterbrochen. Die Schienen schlaffen

sich nach den bisherigen Schätzungen auf mehr als zwei Millionen Mark.

30 Opfer einer Explosion. 21. London, 21. Juni. Wie aus Mexiko-Stadt gemeldet wird, hat sich die Zahl der bei dem Explosionsunglück in einem öffentlichen Badebauwerk ums Leben gekommenen Personen auf 30 erhöht. Die Zahl der Verletzten wird mit 32 angegeben.

Die bayerische Regierung zurückgetreten. 21. München, den 20. Juni. Die bayerische Regierung ist anlässlich des morgigen erfolgten Zusammentritts des neuen Landtags am Mittwoch zurückgetreten. Die Regierung wird bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiterführen.

Für die Einheit der Arbeiter- Sportbewegung

Die Spaltungsabsichten der Sozialdemokraten

(Zum Leipziger Bundestag des A.S.B.)

Von Hermann Kemmele.

Der offene Spaltungsversuch der Sozialdemokraten im Berliner Arbeiter-Turn- und Sportbundesrat, insbesondere auch die auf Anweisung des SPD-Vorstandes auf dem Bundestag des A.S.B. von den reformistischen Sportführern vorgelegene Wählerregulungs- und Spaltungsliste machen es notwendig, die grundsätzliche Stellungnahme der SPD zu den Vorgängen in der deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbewegung zu präzisieren. Diesem Zweck dienen die nachfolgenden Artikel des Genossen Kemmele.

Die Redaktion.

Vom 23. bis 26. Juni d. J. findet in Leipzig der 16. Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes statt. Dieser Bundestag ist nicht nur wegen der Größe und Stärke des Arbeiter-Turn- und Sportbundes von höchstem Interesse für die gesamte Arbeiter-Sportbewegung, sondern er hat darüber hinaus allgemeines Interesse für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. Die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung ist ein bedeutender Faktor für die deutsche Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Ausbeuter- und Raubpolitik der deutschen Bourgeoisie für die Gewinnung und Beeinflussung der proletarischen Klasse für ihre Zwecke. Auf diesem Gebiet hat die Bourgeoisie in der Gewinnung breiter Arbeitermassen so viele Erfolge zu verzeichnen, wie grade auf dem Gebiet des Sports. Mehr als 8 Millionen der gesündesten und kräftigsten Arbeiter stehen im Lager der bürgerlichen Sportbewegung und werden dort für die Interessen der Kriegs- und Ausbeuterpolitik gedrückt. Dem stehen nur 1 1/2 Millionen Arbeiter-Turn- und Sportler gegenüber, die in einem 3/4 Jahrzehnte langen Kampfe aus den kleinsten Anfängen heraus der bürgerlichen Sportbewegung die besten proletarischen Kräfte entzogen haben. Der Kampf der Arbeiter-Turn- und Sportler um eine selbständige und selbstbewusste Arbeiter-Turn- und Sportbewegung war ein bedeutendes Element des großen Klassenkampfes des deutschen Proletariats.

Wohin streut aber die Politik der Führer des Arbeiter-Turn- und Sportbundes?

Es ist unbestreitbar, daß der Arbeiter-Turn- und Sportbund im Verlauf seines 35jährigen Bestehens durch seine entschlossene Abgrenzung der bürgerlichen Sportbewegung und deren Ziele ein bedeutender Faktor für die Herausbildung der selbständigen und Klassenbewußten Arbeiterbewegung war. Die Aufrechterhaltung dieser Selbständigkeit auch gegenüber den Sportabteilungen des Reichsbanners, einer gemischten Gesellschaft des Bürgertums mit der Sozialdemokratie, legte Zeugnis von diesem alten Kampfe der Arbeiterbewegung ab.

Aber in einem ganz anderen Zeichen soll der bevorstehende Leipziger Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes vor sich gehen. Seit Wochen ist die sozialdemokratische Presse mit Artikeln gefüllt, die offen die Spaltungsabsichten der sozialdemokratischen Führer in der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung zum Ausdruck bringen. Unendlich sind die Artikel mit Überschriften und Zeichnungen „Reinliche Scheidung“, „Endlich reinen Tisch gemacht“ usw. und Beschlüsse, die bereits auf einzelnen Tagungen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes angenommen wurden, in denen die Sozialdemokratie als „einzige Partei“ für die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung anerkannt werden soll und die offen ansprechen, daß es auf dem kommenden Bundestag zu Beschlüssen kommen muß, die die Kommunisten aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung ausschalten, das heißt, die offene Spaltung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung herbeiführen. Diese entschiedene Offenbarung der Sozialdemokraten in der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung soll diese zu einem zuverlässigen Instrument in Händen der Sozialdemokratischen Partei machen, und insbesondere soll der Arbeiter-Turn- und Sportbund eine Filiale der Sozialdemokratie werden.

Es handelt sich nicht nur darum, daß die Sozialdemokraten innerhalb der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung einen erhöhten Kampf um ihren

Einfluß führen, wie das von einigen unserer Genossen angenommen wird. Dieser Kampf besteht schon seit Jahren und dieser Kampf wird immer sein, solange Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung angehören. Die zahlreichen diktatorischen Angriffe der Bundesleitung im Arbeiter-Turn- und Sportbund gegen einige Kreis- und Bezirksleitungen, in denen kommunistische Funktionäre Einfluß auf die Leitung hatten, oder Absprechung der Funktionen von Sportgenossen, die der kommunistischen Partei angehören, sind seit Jahren übliche Erscheinungen, die an und für sich noch keine Spaltung für die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung bedeuteten.

Andererseits sieht es jetzt.

Um was es sich handelt, spricht der „Vorwärts“ ganz offen aus. Er wagt es, mit den Sportabteilungen des Reichsbanners und mit anderen verwandten Sportorganisationen eine der alten Arbeiter-Turn- und Sportbewegung entgegengesetzte bürgerlich-sozialdemokratische Sportbewegung, eine sojuzierten republikanische Sportbewegung aufzugreifen, wenn der Arbeiter-Turn- und Sportbund die „reinliche Scheidung“ durchzuführen, das heißt die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in eine sozialdemokratisch-bürgerliche Sportbewegung zu verwandeln. Die Absichten und Ziele dieser Politik sind ganz klar: Nachdem die Sozialdemokratie prinzipiell und programmatisch den Klassenkampf verleugnet und ablehnt und offen sich zum Prinzip des „Klassenfriedens“ und der Koalitionspolitik mit den Trüstmagnaten bekannte, kann sie nicht mehr dulden, daß ihre Anhänger an Organisationen teilnehmen, in denen Arbeiter, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die den Klassenkampf predigen, das heißt in denen sich Kommunisten betätigen. So stellt die Sozialdemokratie die Frage „Ihr oder wir“ und so stellen sie offen die Frage des Hin- und Herbewegens der Kommunisten aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, um diese Sportbewegung zu einem zuverlässigen Instrument ihrer reformistischen Politik zu machen.

Wir kennen noch nicht in allen Einzelheiten die Absichten der Bundesleitung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes für den bevorstehenden Kongreß. Sie wird die entsprechenden Mandate zur Erreichung des hier behandelten Zweckes mit aller Vorherrschaft vornehmen müssen, da der Einfluß der Sportler, die sich zur kommunistischen Partei bekennen, ein nicht zu unterschätzender ist. Ob es bereits bei diesem Bundestage zu offenen Gewalttaten kommen wird, oder ob man in vorsichtiger Lavierung auf Seiten der Bundesleitung sein Heil suchen wird, das wird erst abzuwarten sein. Jedenfalls es ist gut, wenn sich die Arbeiter-Turn- und Sportler, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen, auf die weitgehendsten Möglichkeiten gefaßt machen.

Und dafür haben wir auf internationalem Boden doch schon einige Erfahrungen.

So hat erst vor einigen Monaten die Leitung des finnischen Sportverbandes die von den einzelnen Sportorganisationen gewählten Delegierten, die im Verdacht standen, Kommunisten zu sein, einfach vom Bundestag ausgeschlossen, um so den Beschluß, den Anschluß an die Luzerner Sportinternationale, durchsetzen zu können. Der Kampf in der internationalen Arbeiter-Turn- und Sportbewegung ist kein anderer, als der Kampf innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Hier wie dort wird zur Erreichung des Zieles, den Organisationen den Klassenkampfcharakter zu nehmen, zu den friedlichsten Gewaltmitteln gegriffen, um die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden Kommunisten aus den Bewegungen auszuschalten.

Nach all den seitherigen Erfahrungen, besonders auch mit den Methoden, mit denen die Bundesleitung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes gegen Kreis- und Vereinsleitungen vorgeht, die im Geruch kommunistischen Einflusses stehen, würde es absolut keine Überraschung bedeuten, wenn die Bundesleitung durchzuführen versuchte, alle kommunistischen Delegierten vom Bundestage auszuschließen. Im Gegensatz zu allen früheren Tagungen hat die Bundes-

leitung in diesem Jahre zum ersten Male eine offizielle Einladung nur an den Parteivorstand der Sozialdemokratie gelangen lassen, während sie es ablehnt, zugleich auch einen Vertreter des B.P. der SPD. einzuladen. Außerdem liegt die Bundesleitung bereits auf einer Reihe von Kreis tagungen einen Antrag annehmen, durch den die Sozialdemokratische Partei als einzige Partei für die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung bezeichnet wird, ein Antrag, der auch vom Bundestag angenommen werden soll. Dieser Beschluß ist natürlich keine einfache Sympathieerklärung, sondern er verfolgt die Absicht, den Arbeiter-Turn- und Sportbund zu einer reinen sozialdemokratischen, bürgerlichen, d. h. bürgerlichen, Organisation zu machen. Wenn die Bundesleitung auf dem Bundestag mit Anträgen kommt, daß Kommunisten im Arbeiter-Turn- und Sportbund keine Funktionen bekleiden dürfen, so wäre das gleichfalls keine Überraschung.

Aber wahrscheinlich werden sie es nicht so offen und tölpelhaft versuchen, da sie selbst hierbei bei ihrem eigenen Anhang auf Widerstand stoßen dürften. Der wahrscheinlichere Weg ist der, daß sich die Bundesleitung weitgehende Vollmachten und Rechte vom Bundestag geben lassen wird, die ihr nach dem Kongreß die Möglichkeit geben, auf administrativem Wege die „reinliche Scheidung“ durchzuführen.

Auf dem Bundestag steht eine ganze Reihe von Fragen, bei denen es zur Entscheidung über die von der Sozialdemokratie beabsichtigte Politik innerhalb der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung kommen wird. Zunächst stehen hier die Fragen der Aufnahme der Sportabteilungen des Reichsbanners in den Bund, der Eintritt des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in den Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände, das Verhältnis des Bundes zur Werksportbewegung, die Teilnahme an behördlichen Sportveranstaltungen oder gemeinsame Sportveranstaltungen mit den bürgerlichen Organisationen und endlich die Liquidierung des Kampfes des Bundes gegen die bürgerliche Sportbewegung. In all diesen Fragen wird die Bundesleitung eine offen bürgerliche Politik versuchen und dem Bundestag Beschlüsse aufzupressen wollen, die zur Liquidierung der gesamten seitherigen Arbeiter-Turn- und Sportbewegung führen müssen. Gegen diese Politik der Bundesleitung hat sich eine ganze Reihe von Bezirks- und Kreisorganisationen mit rein sozialdemokratischer Leitung gewendet. Wir erinnern an die Beschlüsse in Schlesien, Sachsen usw. Bei allen Abstimmungen über diese Fragen werden die sozialdemokratischen Delegierten gespalten sein, ein Teil der sozialdemokratischen Delegierten wird trotz Fraktionsdisziplin vielleicht mit den kommunistischen gemeinsam die Politik der Bundesleitung bekämpfen, ohne daß aber diese sozialdemokratischen Delegierten die letzten Konsequenzen ziehen werden, nämlich in der Frage des Kampfes gegen die Kommunisten. So werden die Probleme, die auf diesem Bundestag zur Diskussion stehen, ganz offen die von uns hier charakterisierte Linie der Politik der sozialdemokratischen Führer in der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung aufdecken und an jeder einzelnen Handlung, bei jedem Antrag zeigen, daß diese sozialdemokratischen Führer offen auf die Liquidation der Arbeiter-Turn- und Sportbund in früheren Jahren beherrschenden Ideologie hinstreben, d. h. auf die Liquidation der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung als ein selbständiger Teil der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt.

R.A.S.T

REICHS-ARBEITER-SPORT-TAGE
HALLE - BERLIN - Breslau

Sonnabend, 23. Juni, 1914, Uhr

Hallensportfest
im Zirkus Busch

Sonntag, den 24. Juni
Massensportfest
im Stadions

Ab 12 1/2 Mannschafts-Vorkämpfe Ab 14 Programmbeginn

Vorverkauf bei allen Arbeitersportvereinen
Sportzentrale, Friedr.-Wilh.-Str. 69, Fahrradhaus
„Frisch auf“, Nikolaistr. 16, Gewerkschaftshaus,
Margaretenstr. 17. Näh. an den 400 Anschlagssäulen.



5) SINDBAD, DER SALEM-RAUCHER, erzählt weiter:

Als ich in meine Vaterstadt zurückgekehrt war, konnte ich nicht zur Ruhe kommen. Statt mich von den Strapazen auszuruhen und mich meines neuen Reichtums zu erfreuen, packte mich von neuem die Abenteuerlust. Schließlich rüstete ich ein großes, eigenes Schiff aus, belud es mit vielerlei Waren und fuhr ins Meer hinaus. Nach einigen Tagen guter Fahrt trafen wir eine Insel von unbeschreiblicher Schönheit. Während meine Gefährten staunend umhergingen, legte ich mich unter eine Palme und schlief ein. Aber wie groß war meine Bestürzung, als ich aufwachte, und sowohl das Schiff wie auch die Freunde verschwunden waren.

Verzweifelt irrte ich umher, bitter meine Reiselust bereuend.

Ihr würdet mich nicht beneidet haben, liebe Brüder. Bevor ich weitererzähle, laßt uns die Sorgenbrecherin und Vertreiberin aller quälenden Gedanken genießen. Nehmt, liebe Freunde, eine

CIGARETTE

SALEM

AUSLESE

Heute in Deutschland in allen Spezialgeschäften für 5 Pf. erhältlich.

(Fortsetzung folgt)

Was geht im schlesischen Sender vor?

Erich Landsbergs „Bild in die Zeit“ wird vertilgt!

Wie wir erfahren, hat die „Funkunde“ beschlossen, Erich Landsberg als alleinigen Sprecher des „Bild in die Zeit“ abzu-

Mit dieser Neuerteilung hat die Reaktion beim schlesischen Sender einen offensichtlichen Sieg errungen. Es ist noch in aller Erinnerung, daß vor nicht zu langer Zeit die „Schlesische Volks-

Zum Schluß darf man vielleicht fragen, was die sozialdemokratischen Mitglieder des Kultur- und Überwachungsbeirates getan haben, diesen Vorkopf der Reaktion abzuwehren.

Die „blödsinnigen“ Reichsfarben

Mu. Der Architekt Theophil Hartwig ärgerte sich an einem Oktobertage des vorigen Jahres furchtlich darüber, daß die Straßenbahnwagen aus Anlaß des Straßenbahnjubiläums gelackt hatten.

Hartwig stand gestern wegen des Vorfalles vor dem Schöffengericht. Statt nun mahnhaft vor Gericht seine teutsche Gefinnung zu bekunden, kniff er jämmerlich und mollte nun plötzlich mit der Bezeichnung „blödsinnig“ gar nicht die Reichsfarben gemeint haben.

Ein betrügerischer Graf findet milde Richter

Das erweiterte Schöffengericht in Breslau hatte sich in zehntündiger Sitzung mit den Betrügern des erst 21-jährigen Grafen von Seydlitz-Kurzbach zu beschäftigen. Zunächst wurde er für die Falschung einer Bürgerschaftsunterkunft zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Der unpolitische Dr. Sahn-Brigen

Mu. Am letzten Sonnabend stand der Herausgeber der „Freien Meinung“ vor Gericht, den Dr. Sahn-Brigen wegen Beleidigung verklagt hatte. Es handelte sich um Unregelmäßigkeiten, die bei der Hausbesuchsbank vorgekommen sein sollen.

Werbeschießen der Arbeiterschützen

Im Rahmen der Reichs-Arbeiter-Sport-Tage veranstalteten die Arbeiterschützen am heutigen Donnerstag von 15-19 Uhr im Schießwerder auf den städtischen Schießständen ein Werbeschießen.

„Sommer“-Anfang. Mit dem heutigen Tage soll kalendermäßig der Sommer anfangen. Gemerkt hat man davon allerdings nichts, denn heute früh regnete es in Strömen, und von sommerlicher Wärme war auch nichts zu spüren.

Selbstmord auf den Schienen. In der Nacht zu gestern wurde auf der Strecke Breslau-Brieg in der Nähe von Klein-Sägewitz eine unbekannte etwa 50 Jahre alte männliche Person vom Zuge überfahren.

Breslau, 21. Juni 1928.

Gestern mittag fand eine vom Stadtbaurat Dr. Althoff einberufene Pressekonferenz statt, in der über die Baupläne des Magistrats referiert wurde.

Aus der 31-Millionen-Anleihe sind eine Reihe von Bauaufgaben bereits ausgeführt, in der Ausführung begriffen oder sollen in nächster Zeit begonnen werden.

Wohnungsbau

Etwa 3000 Wohnungen sind in den letzten Jahren durchschnittlich gebaut worden. Mit derselben Anzahl soll auch etwa für das Jahr 1928 zu rechnen sein.

Schulen

In der 31-Millionen-Anleihe waren insgesamt sieben Schulen vorgezogen. Der Stand der Baupläne ist zurzeit folgender:

Volksschulen. Am 1. April ist die Volksschule Zimpel eröffnet worden mit etwa 24 Klassen. Die Baupläne für den zweiten Bauabschnitt der Schule in der Lodnitzstraße sollen so vorbereitet werden, daß noch in diesem Jahre mit dem Bau begonnen werden kann.

Mittelschulen. Nach Meinung des Magistrats wird auch der Bau von Mittelschulen nicht mehr lange aufschiebar sein, weil gerade diese Schulart immer mehr von der Bevölkerung bevorzugt wird.

Fachschulen. In der 31-Millionen-Anleihe sind Mittel eingesetzt worden für die Frauen-Berufsschule, für eine Knaben-Berufsschule und für die Handwerker- und Kunstgewerbeschule.

Für die Erweiterung der vorhandenen Krankenhäuser sind in der 31-Millionen-Anleihe rund dreihundert Millionen ausgeworfen. In der Ausführung befindet sich der Erweiterungsbauplan in Allee-

heiligen. Mit der Fertigstellung ist im Frühjahr 1929 zu rechnen. Der Erweiterungsbau des Säuglingsheims, für den 600 000 Mark ausgeworfen sind, ist noch zurückgestellt, angeblich, weil Mittel nicht vorhanden sind und weil noch verschiedene Fragen geklärt werden müssen.

Friedhöfe

Die für die Friedhöfe in der Anleihe eingesetzten Mittel (Erweiterung des Krematoriums und kleinere Bauten auf den Friedhöfen in Dömitz und Cosel) sind zum größten Teil bereits verbaut.

Bäder

Die vorgesehenen Freibäder „Norden“ und „Westen“ sind mit dem Wadegarten dieses Jahres der Dessenlichkeit übergeben worden. Der Bau von Warmbädern, für die rund 700 000 Mark vorgezogen sind, ist gleichfalls (vor allem für die Arbeiterbäder Westen, Osten, Norden — Die Red.) dringend nötig, jedoch mußten diese Bauten gegen andere dringendere (?) Bauaufgaben zunächst noch zurückgestellt werden.

Spiel, Sport und Körperkultur

Hierfür sind 1,1 Millionen ausgeworfen; zur Verfügung gestellt sind zum Teil die Mittel für das Schwimmbad in Leerbeutel, Strandbad Leerbeutel und Coseler Wald, für eine Reihe von Umkleebädern und für eine Schüler-Sporthalle am Weiden-damm. Alle diese Bauaufgaben sind bereits in Angriff genommen oder stehen vor der Ausführung.

Handelshankalten

Die Verhältnisse im Handelshankalten machen einen Neubau erforderlich. Die Mittel für die Handhankalten sind auf besonderem Wege beschafft worden, eine Vorlage über den Bau einer Handhankalten wird den städtischen Körperschaften in aller nächster Zeit zugehen.

Verwaltungsgebäude

Gegenwärtig sind die städtischen Verwaltungen an 58 verschiedenen Stellen der Stadt untergebracht. Eine Streiffrage beim Neubau des Verwaltungsgebäudes ist der Vorschlag, Verwaltungsgebäude und Hauptfeuerwache zusammenzubauen.

Theater

Die Theaterbaustage ist dadurch akuter geworden, daß der Stadt ein Angebot für den Ankauf der Gebäude für das Schauspiel und der Operette gemacht worden ist. Verschiedene Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats bearbeiten gegenwärtig die Vorschläge. Ein auswärtiger Theater-Bausachmann ist zur Prüfung der baulichen Verhältnisse der Breslauer Theater herangezogen worden.

*

Man wird anerkennen müssen, daß eine Reihe der oben bezeichneten Bauvorhaben notwendig ist. Ueber die Einzelheiten ihrer Durchführung wird in den Stadtverordnetenversammlungen und in den Ausschüssen noch zu reden sein. Dies erscheint uns vor allem notwendig bei den Theaterbauplänen und bei den höheren Schulen.

Der Stahlhelmtkawall auf der Gadowastraße vor Gericht

Mu. Vor dem Schöffengericht wurde gestern gegen die Stahlhelmer Grundmann und Studt verhandelt, die an den bekannten Stahlhelmschreitungen am 5. September vorigen Jahres auf der Gadowastraße teilgenommen haben.

„gar nicht als Waffe anzusprechen sei!“ Das war sogar dem Vorsitzenden zu starke Tabak und er erbot sich, mit einem solchen Tadel den „Sachverständigen“ Herrn Wassenmeister zu erschließen.

Common crimes and community news: Gemeiner Diebstahl, Verrenktes Auto, Vermißt wird seit dem 12. Juni der Kaufmann Paul Janitzowski, Arbeitersport im Rundfunk, Versammlungskalender.

Community events and organizations: Piegisch, Kommunizischer Jugendverband, Jung-Spartakus-Bund, Roter Frontkämpfer-Bund, Sonstige Organisationen.

Waldenburger Bergland

Groß-Waldenburg

Am Donnerstag im „Edelstein“

in Waldenburg um 19,30 Uhr.

am Freitag im „Weißen Hof“

in Wittenberg um 19,30 Uhr

Spricht Genosse Stoltz, Stadtrat a. D., Berlin, über kommunalpolitische Fragen. Dann über den Etat von Waldenburg vor der Verabschiedung. Er bringt neue Vorschläge für Arbeiter und Mittelstand. Steuern und Abgaben sollen erhöht werden. Keine Mittel für Erwerbslose und Sozialrentner, Kleinrentner. Keine Mittel für den Wohnungsbau. Auf der anderen Seite hat es Geld für Polizei, Oberbürgermeisterstellen, ungeheure Gehälter für die hohen Magistratsmitglieder.

Besucht die Versammlungen und protestiert gegen diese Politik, die dem, der viel hat, noch mehr gibt und die anderen verhungern und in elenden Wohnungen verkommen läßt.

Der Etat in Dittersbach angenommen

Alle Verbesserungsanträge der Kommunisten abgelehnt.

Die Gemeindefunktionäre erhalten einen Pfennig Lohnzulage.

Am Freitag wurde in Dittersbach der Haushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1928 verabschiedet. Daß die Bilanzierung des ordentlichen Haushalts sich von Jahr zu Jahr schwieriger gestaltet, mögen folgende Zahlen beweisen. Der ordentliche Haushalt schließt ab im Jahre 1927 mit einem Zuschuß von 435 700 Mark, im Jahre 1928 von 631 600 Mark, also ist eine Mehrbelastung von 195 800 Mark vorhanden. Von den wichtigsten Steuerarten, worauf die Zuschläge erhoben werden, sind zu nennen die Grundvermögenssteuer und die Gewerbevertragssteuer. In der staatlich veranlagten Grundvermögenssteuer wird ein Zuschlag von 375 Prozent erhoben, 75 Prozent mehr als im Vorjahre. Als Gewerbevertragssteuer werden erhoben 25 Prozent, im Vorjahre 650 Prozent. Diese Zahlen jagen deutlich, daß dieser Etat abgelehnt werden mußte. Die kommunalpolitische Fraktion hat zu dem Etat Anträge gestellt, die den Arbeiter sowie den kleinen Gewerbetreibenden entlasten sollten: Die Grundvermögenssteuer herabzusetzen auf den vorjährigen Stand. Als Ausgleich Erhebung von Wertzuwachssteuer. Die Erhebung der Gewerbevertragssteuer zu Staffeln wie folgt: 1500 Mark Ertrag steuerfrei, 2500 Mark Ertrag 650 Prozent, jedes weitere Tausend 200 Prozent mehr. Weiter wurde beantragt, den Betrag in Höhe von 1300 Mark an die Diakonissenstation zu streichen. Diese Anträge der Kommunisten wurden abgelehnt.

Der Etat wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Darauf kam man zur Erledigung der weiteren Tagesordnungspunkte. Zugestimmt wurde dem Ausbau einer neuen Straße nach dem der Gemeinde gehörigen Siedlungsgelände Ortsteil Wärengrund mit einem Kostenvoranschlag in Höhe von 25 000 Mark. Mit den Arbeiten soll baldmöglichst begonnen werden. Parzelle 13 und 14 sowie 15 und 16 wurden zum Verkauf genehmigt, erhielt an den Mieterwohnereien, 15 und 16 an den Konsumverein Dittersbach zum Bau von Wohnhäusern. Weiterer Ausbau der Straßenbeleuchtung und Schaffung neuer Bürgerreizeanlagen wurden beschlossen.

Die vom Vorstand vorgeschlagene Kreditaufnahme von 150 000 Mark als langfristiges Darlehen, 25 000 Mark auf ein Jahr befristet, wurde genehmigt, ebenfalls die Aufnahme eines Zwischenkredits von 30 000 Mark. Die nicht erfüllten Vorstöße von den Erwerbslosen wurden niedergelegt, der Betrag beläuft sich auf 555,60 Mark. Auf Antrag der Kommunisten sollen die Gemeindefunktionäre nach der Ortsklasse A entlohnt werden. Nachdem dieser Antrag in der Finanzkommission von Seiten des SPD-Gemeindevorstandes als unbillig erklärt wurde, hat er ihn in der Gemeindevertreterversammlung zur Annahme empfohlen. Die Neuregelung hat Herrn Kochler bereits Veranlassung gegeben, in höchst eigener Person in den Frühstunden der Gemeindefunktionäre zu erscheinen, um den Arbeitern blauweiß zu machen, daß sie wegen dieser „höchst anständigen“ Beschäftigung ein schnelleres Tempo beim Arbeiten einzuschlagen haben. Es handelt sich nämlich um einen Stundenzuschlag von einem Pfennig. Herr Kochler selbst wird natürlich mit dem Beschäftigten von dem Stundenlohn der Arbeiter nicht zufrieden sein. Mit dieser Bemerkung wollen wir es für diesmal genug sein lassen.

Hungerlöhne im Bergbau

Ein Bergmann vom Bismarckschacht schreibt uns: Auf keiner Schachtanlage des Waldenburger Bergbaues werden wohl schlechtere Löhne gezahlt, als auf dem Bismarckschacht. Jeder, der die Namen Gieska und Bennebusch hört, weiß sofort, daß unter ihrer Verwaltung die Arbeiter kein gutes Leben führen. Am Lohnstage konnte man wieder die verzweifeltsten Geschreie der abgemagerten Proleten hören, die mit Schreien oder mit nur ein paar Großschreien nach Hause gingen. Etwa 20 Kameraden reichten sofort ihre Kündigung ein. Verschiedene haben ihr Verbandsbuch hingeworfen, so daß die reformistische Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes am eigenen Leibe zu spüren bekommen wird, was es heißt, ungenügende Tarife abzufordern.

Kameraden, nicht aus dem Verband austreten, sondern drinbleiben und die Unorganisierten als Mitglieder gewinnen, das muß eure Lösung sein. Ohne Organisation könnt ihr nichts schaffen. Allerdings müßt ihr an der Spitze der Organisation nicht Sozialdemokraten, sondern revolutionäre, kampfschlossene Kollegen stehen. Nur dann kann ein Erfolg erzielt werden. Deshalb unterstützt die Opposition!

Die Unterbezirks-Delegiertenkonferenz der UBR Waldenburg findet am Sonntag, dem 21. Juni, um 12 Uhr in Waldenburg im „Edelstein“ statt. Die Delegierten müssen pünktlich und vollzählig erscheinen, damit die wichtige und reichhaltige Tagesordnung erledigt werden kann. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. — Unterbezirksleitung.

Waldenburger Arbeiterkonzert. Bei kühlem, sonst aber schönem Wetter veranstaltete der KVB in der „Schönen Aussicht“ ein Arbeiterkonzert. Der Besuch war gut. Viele Klassengenossen hatten sich eingeladen, um einige große Stunden zu verleihen.

Steine statt Brot. Endlich bot sich auch dem Weisheimer und Salzbranner Kriegerverein die Möglichkeit, dem nationalsozialistischen Kumbiza zu hulstigen. Mit der Feier ihres 30-jährigen Bestehens hatten sie die Einweihung eines Gefallenen-Denkmal auf dem Neu-Salzbranner Friedhof verbunden. Auf dem Stein sind die Namen von 13 Kameraden eingegraben, die für die imperialistischen Kämpfe ihr Leben gaben. Wer gedenkt der vielen aus unserer Bergarbeitergemeinschaft erschlagenen Kameraden und Krüppel, welche im Bergbau ihr Leben und ihre Gesundheit ließen? Sorgt man auch für sie Gedenksteine? Nein. Die Kriegerdenkmäler setzt man nur, um Gelegenheit zu haben, ideologischen Vorbereitungen zu dem neuen Völkermorden zu treffen.

Freizeit. Am Sonntag, dem 24. Juni, um 19 Uhr im „Edelstein“ findet die Versammlung der Ortsgruppe statt. Es wurde der Bericht über die Gründungsfeier gegeben und eine Jugend-Kriegsmannschaft ge-

gründet. Am Bezirksfest in Waldenburg am 26. August sowie am Grenztreffen des KVB wird sich der Verein beteiligen. Am 30. Juni soll ein Verbandsfest in der „Trompete“ in Bärzdorf unter Mitwirkung der Saalmaschinenmannschaft Dohyerdorf stattfinden. Eine Wanderfahrt Talsperre Mauer und ein Sommervergnügen im August werden vorbereitet. Dann wurde Beschwerde über den Vertreter des Bezirksleiters Berger geführt, der aus der Gründungsfeier eine SPD-Wahlversammlung machen wollte.

Hungerlöhne. Vor einigen Wochen wurde hier die Flegelwiederum in Betrieb gesetzt. Die Proleten freuten sich, Arbeitsgelegenheit zu erhalten. Aber, o weh, die Löhne! Männer erhalten bei der schweren Arbeit 60 Pf., die Frauen 32 Pf. pro Stunde. Jetzt ist es gelungen, die Arbeiter zu organisieren. In Kürze will sich das Arbeitsgericht mit den Löhnen beschäftigen, da sie weit unter Tarif sind.

Bärzdorf. Merkwürdige Folgen der Wahl. Die hiesigen Stahlhelmlisten sind sehr empört über das Anwachsen der SPD-Stimmen, vor allen ist es August Schubert, der plötzlich einen Feldweg, der jahrelang offen war und als Kirchweg nach Dittmannsdorf gilt, nach der Wahl bei Straßendrohung sperren und somit den einzigen Weg verriegeln, auf dem die Proleten in den Busch gelangen, um sich etwas Reisig zu holen. Trotz allem Geschrei werden wir in diesem Agrardorfe Aufklärung unter den Proleten und Kleinbauern verbreiten.

Oberes Revier

Gautag der evangelischen Arbeitervereine

Am Sonntag fand in Gottesberg ein Gautag der evangelischen Arbeitervereine statt. Von einer zahlreichen Beteiligung konnte nicht die Rede sein, da die Schiffe aus vielen Orten zusammengetrommelt

Görlitz

Der Film der russischen Revolution. Schon die erste Vorstellung der „Jehn Tage“ im Passage-Theater hat gezeigt, daß dieser Film eine ungeheure Anziehungskraft auf die Görlitzer Arbeiterschaft ausübt. Die sich abrollenden und überfüllenden Ereignisse, die in mehr als einer Stunde vor den Augen der Zuschauer vorüberziehen, steigerten die Spannung von Akt zu Akt, bis sich beim Schlußbild, unter den Klängen der Internationale die Begeisterung des vollbesetzten Hauses in lebhaften Beifall auflöste. Bevor wir zu einer kurzen Besprechung der Handlung selbst übergehen, muß man feststellen, daß die markantesten Personen der russischen Revolution in lebenswahrer Ähnlichkeit dargestellt sind. Die großen Massenmengen — unter Mitwirkung von 120 000 Soldaten und Arbeitern — dokumentieren aufs neue die überragende Regiekunst Eisensteins, des genialen Schöpfers des „Panzerkreuzer Potemkin“. Man merkt es bei diesem gewaltigen Revolutionsgemälde in jedem Akt, daß hier Realismus in höchster Vollendung, geschichtliche Tatsachen geboten werden, daß dieser Film in Wirklichkeit der Film des russischen Volkes und seiner Revolution ist. Ein Wert von diesen Ausmaßen konnte nur geschaffen werden unter Mitwirkung von Menschen, die an den Ereignissen selbst teilgenommen haben, und mit Hilfe und Förderung des Arbeiter- und Bauernrates. „Der Jar ist gestürzt!“ — „Verbrüderung an der Front!“ — „Kriegspolonoien in Petrograd: Brot!“ — „Kerenski, der russische Noske, und die provisorische Regierung, die Ebert und Scheidemann der russischen Revolution, wollen weiter Krieg.“ — Am Finnischen Bahnhof, ungeheure Menschenmassen jubeln dem Führer zu. Lenin spricht vom Panzerkreuzer Hunderttausende demonstrieren, werden von Maschinengewehrfeuer auseinandergejagt — sinnlose Zerstörungswut und bestialisches Grausamen der Weißgardisten. — General Kornilow greift an. — Der Streik der politischen Gefangenen, Bewachung der Arbeiter. Der Kongreß tagt. Die Menschewiki werden überstimmt. — Sitzung des bolschewistischen Zentralkomitees, Lenin, Stalin, Rykow. — Beschluß: „Aktion am 7. November.“ — Atanow entwirft den Angriffsplan. — Der Kongreß tagt weiter, die provisorische Regierung, ohne den gewünschten Kerenski, konzentriert — Reden, Reden! Die Bolschewiki handeln: Die „Ansera“ wirft an den Brücken Anker, die roten Matrosen helfen die Verbindung her, die Arbeiterwehren ziehen auf! Ultimatum an die Junter im Winterpalast. — Das „Lobesbataillon“ wird zerlegt: die Sozialen ziehen ab. — Um Mitternacht — die rote Fahne auf der Peter-Pauls-Festung, der erste Schuß der Schiffsgechübe — das Zeichen zum Angriff! Die rote Welle brandet vor! — Angriff! Sieg! Die Junter werden abgeführt. — Und der Kongreß tagt. — bolschewistische Delegierte sprechen, — bolschewistische Resolutionen werden angenommen. Da — plötzlich — alles klärt — Tausende erheben sich, jubeln, schreien in stürmischer Begeisterung: Auf der Rednertribüne erscheint Lenin! Lenin spricht — unberührt durch den Jubel — der Führer der Revolution zieht ruhig und überlegen den Schlusssatz: „Der Sieg ist unser!“ — und weiter: „Vorwärts! An den Aufbau!“ Lenin zeigt uns den Weg!

Selbstmordversuch. In der Nähe des Bahnhofes Mohs warf sich ein Landwirt aus der Umgegend, der für längere Zeit in einer hiesigen Klinik untergebracht war, vor eine fahrende Maschine. Von dem Kämmerer der Maschine wurde er zwischen die Gleise geschoben, so daß die Lokomotive über ihn hinwegging. Trotzdem waren die Verletzungen so schwer, daß der Ueberfahrte nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Er befürchtete, die Kosten für die ärztliche Behandlung nicht aufbringen zu können und deshalb wollte er seinem Leben ein Ende machen.

Ein ungewolltes Bad nahm ein Liebespaar in der Reisse. Die beiden jungen Leute fuhrten im Kahn, als dieser beim Jägerwäldchen plötzlich umkippte. Ein vorbeifahrender Stroßwagen konnte die beiden rechtzeitig aus dem nassen Element befreien.

Löwenberg

Selbstmord. Der erst seit Pfingsten verheiratete Sohn des Stellenbesizers Pachmann machte seinem Leben freiwillig ein Ende. Im Kriege verletz, hat er wohl einen Herzanzusammenbruch erlitten.

Sagan

Der gefährliche Mühlgraben. Im gestrigen Artikel haben wir gezeigt, daß, wenn es gilt, den Gummiknüppel zu schwingen, manche hiesige Polizeibeamte außerordentlich tüchtig sind, aber absolut nichts zum Schutz der Passanten geschieht. Zwei Unglücksfälle, die sich in der letzten Woche am Mühlgraben ereigneten, von denen einer einen tödlichen Ausgang hatte, zwingen uns zur Stellungnahme. Zwischen dem Mühlgraben und dem Biber befindet sich auch ein Kinder-spielplatz, von dem zwei Kinder auf die Böschung des Mühlgrabens krochen, wobei ein Kind ausrastete und ins Wasser fiel. Nur durch ein Wunder wurde das Kind gerettet. Wir haben anlässlich des Bräudenbaues verlangt, daß bis zur Woss-Dom-Beerdigung Fabrik ein Janu errichtet werden sollte. Nichts ist geschehen. Wir sind gespannt, ob sich jetzt endlich die Polizeiverwaltung zum Eingreifen bequemen wird, oder sollen noch weitere Kinder in den Mühlgraben

waren. Wirkliche Arbeiter mit schweißigen Händen waren fast gar nicht zu erblicken. Dagegen waren Frauen und Kinder in ihrer Unwissenheit etwas härter beteiligt, um die „Feste Burg“ zu schützen. Die gutbezahlten Oberhäupter als „Diener Gottes“ fehlten ebenfalls nicht. Wie die Katholischen mit Frauen und Kindern mit brennenden Kerzen beim Sonnenschein am Fronleichnamstag einen gottesfürchtigen und demütigen Umzug veranstalteten, so war es am Sonntag bei den Evangelischen, nur fehlten die Kerzen. Die aufgeregte Arbeitererschaft meidet solche Veranstaltungen. Sie weiß, daß die Geistlichkeit kein Interesse für die große Notlage der Arbeiter besitzt, dagegen als Diener des Kapitals die Arbeitererschaft niederdrücken hilft.

Sittlichkeitsverbrechen. Ein 16 bis 18 Jahre alter junger Mann näherte sich am Sonntagmittag der achtjährigen Hildegard Grosner aus Alt-Lässig und zwei gleichaltrigen Freundinnen. Er gewann das Vertrauen der Mädchen und trug schließlich die Grosner in den Wald. Dort verging er sich schwer an dem Kinde.

Gewerkschaftsausschuß. Freitag 17 Uhr im „Krug zum grünen Kranze“ in Rothenbach Sitzung.

Gottesberg. Die Mitgliederversammlung der freien Elternvereinigung lagte Sonntag früh in der Schule. Es wurde zur Kenntnis gegeben, daß zur Elternbeiratswahl nur ein Wahlvorschlag eingegangen ist, so daß sich die Wahl am kommenden Sonntag erledigt. Die noch ausstehenden Spargelder der Kinder sollen bis nächsten Sonnabend eingezahlt werden.

Achtung, Bergarbeiter! Sonntag vormittag 9 Uhr findet eine Zahlstellenversammlung des Bergarbeiterverbandes im Schützenhaus statt. Alle Verbandsamten haben die Pflicht, zu erscheinen.

Die Auszahlung der Krankengelder an Mitglieder des Bergarbeiterverbandes erfolgt Sonnabend von 16 bis 17 Uhr im Schützenhaus.

Niederschlesien

Stützen? Drei Tage später ertrank ein 21-jähriger Arbeiter ebendort. Wir bemerken ausdrücklich, daß das Baden an dieser Stelle verboten ist, verboten ist aber nicht, einen Rettungsring dort anzubringen, der beim Abbruch der alten Brücke entfernt wurde und jetzt, zwei Tage nach dem tödlichen Unfall des Arbeiters, erst wieder angebracht ist. Bei diesem Falle wollen wir auch gleich die Verlogenheit der bürgerlichen Presse anprangern, welche schrieb, daß kein Mensch dem Ertrinkenden „den Rettungsring“ zugeworfen hätte. Wir verlangen, daß außer dem oben angeführten Rettungsring auch noch ein Kahn an die neue Brücke geschafft wird, damit bei Unglücksfällen sofort Hilfe bei der Hand ist.

Grünberg

Verbrüht. In einer hiesigen Fleischerei wurde ein sechsjähriges Kind mit heißem Fett verbrüht und so schwer verletzt, daß es ins Krankenhaus Weisessa verbracht werden mußte.

Sprosslau

Wieder Straßenzünder. Die Frau des Arbeiters Oskar Grünwald aus Tschelchdorf wurde, als sie von Malsmisch mit dem Kinderwagen, in dem ihr krankes Kind lag, zurückkehrte, am Leichweg (Sandberg) von einem Manne überholt, plötzlich machte er leuchtend und raubte aus dem Wagen die neue Geldtasche mit dem Portemonnaie, Medikamenten für das Kind und eingelaufenen Gegenständen. Der Räuber verschwand im Walde.

Bunzlau

Die unbestellte Pumpenanlage. Die Graphologie findet auch bei Gericht immer ausgebreitere Anwendung. Am 24. Juli 1925 soll der Maschinenbauer Georg Schneider aus Alt-Lässig, Kr. Bunzlau, in Berlin eine Pumpenanlage bestellt und den Schein mit Hugo Schmidt unterschrieben und sich als Schwager eines Herrn Bretschneider ausgegeben haben. Einige Werkzeuge nahm er sofort mit. Richter bestellte er die Ware mit einem „Bretschneider“ gezeichneten Briefe ab. Wegen schwerer und einfacher Urkundenfälschung sowie Betrugs erhielt er im Januar vom Schöffengericht Liegnitz drei Wochen Gefängnis. Die Verurteilung vor der Großen Strafkammer Liegnitz ergab nach dem Gutachten des Schriftsachverständigen, Justizinspektor Tilling, daß er die beiden Briefe geschrieben hatte. Seine Berufung wurde daher mit der Mahngabe verworfen, daß seine Gefängnisstrafe auf zwei Wochen und einen Tag ermäßigt wurde.

Liegnitz

Begen Weineids im Alimentenprozeß vor dem Schwurgericht

Vor dem Schwurgericht Liegnitz stand die 30-jährige ledige Martha Gauer aus Rosenthal, Kreis Breslau, unter der Anklage des Meineids. Ihre Aussagen vor Gericht drohten in der immer wieder aufsteigenden Tränen zu erstickten. Im Jahre 1926 hatte sie ein uneheliches Kind bekommen. Als Vater gab sie einen Mann an, mit dem sie verkehrt hatte. Im Alimentenprozeß beschwor sie, in der fraglichen Empfängniszeit nur mit ihm verkehrt zu haben. Diese Aussage widerrief sie aber kurz darauf als unrichtig, bevor ein Urteil ergangen und Schaden entstanden war. Und es stellte sich heraus, daß sie während der fraglichen Empfängniszeit überhaupt nicht mit dem als Vater namhaft gemachten Manne verkehrt, wohl aber mit anderen Männern intimen Verkehr gepflogen hatte. Da Schaden nicht entstanden ist, billigte ihr das Gericht milde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragte acht Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 4 1/2 Monate Gefängnis an Stelle von drei Monaten Zuchthaus. Während der kurzen Verhandlung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Quartiere gesucht! Für Sonnabend, den 23. Juni, werden noch einige Quartiere benötigt. Zu melden Carthaus, Breslauer Str. 51, bei Genossen D o p p e, und bei dem Genossen B o g e l, Ritterstraße 9.

Arbeitersport

Arbeiter-Sportartell Breslau.

Für die Berliner Leichtathleten und Ju-Jitsu-Kämpfer sowie für etliche Handballspieler aus Halle werden noch Freiquartiere für zwei Nächte benötigt. Wir bitten Gaffreundschaft zu üben und Quartiermeldungen umgehend an das Arbeiter-Sportartell, Zimmerstraße 1 III, einzulenden.

Heute abend von 1/7 bis 1/8 Uhr Freiwüchsprüfung für Mädchen und Knaben im Stadion; von 1/8 bis 1/9 Uhr aller Sportler und Sportlerinnen. Umkleegelegenheit ist in den Frauen- und Männergarderoben vorhanden. Antreten auf dem Stadionvorplatz (Ehrenhof). Als aktio im Zirkus Busch Mitwirkenden zahlen im Zirkus Busch nur 25 Pfg. Eintritt. Heute abend bei der Generalprobe holen sich die Leiter die entsprechenden Karten bei Genossin Hilde Stephan im Stadion ab.

Berein für Leibesübungen 1920. Die nächste Frauenversammlung ist heute Donnerstag 20 Uhr im Vereinslokal bei Guehl in Klein-Gandau. — Freitag 20 Uhr Vollversammlung im Vereinslokal Gubl-Jugendversammlung um 19 Uhr. Die Startnummern und Zeitverzeichnisse vom Straßenlauf sind mitzubringen.